



Wortprotokoll

Der 280. Sitzung vom 28. Oktober 1988

Resoconto integrale

della seduta n. 280 del 28 ottobre 1988

IX. Legislatur
IX. Legislatura
1983 - 1988



CONSIGLIO DELLA PROVINCIA AUTONOMA DI BOLZANO
SÜDTIROLER LANDTAG

SE D U T A 280. S I T Z U N G
28.10.1988

INDICE

Disegno di legge provinciale n. 223/88/a: "Ulteriori modifiche ed integrazioni alla legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, concernente: "Nuove provvidenze in favore dei soggetti portatori di handicaps" e ad altre leggi provinciali del settore socio-sanitario" pag. 3

INHALTSANGABE

Landesgesetzentwurf Nr. 223/88/a: "Weitere Änderung zum Landesgesetz Nr.20 vom 30. Juni 1983, betreffend: "Neue Maßnahmen zugunsten der Behinderten" und zu anderen Landesgesetzen auf dem Gebiet des Sozial- und Gesundheitswesens". Seite 3

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Rag. ROLANDO BOESSO

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 9.12 UHR
(Appello nominale - Namensaufruf)

PRESIDENTE: La seduta é aperta.
Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

PAHL (Sekretär - SVP): (Verliest das Sitzungsprotokoll - legge il processo verbale)

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni al verbale? Nessuna. Il verbale é approvato.

Comunicazioni della Presidenza:
Hanno giustificato la loro assenza i consiglieri Bertolini, D'Ambrosio, Kaserer, Magnago, Meraner, Messner, Montali, Oberhauser, Peterlini, Saurer e Zingerle.

Proseguiamo con il punto 50) dell'ordine del giorno: "Disegno di legge n. 223/88/a: "Ulteriori modifiche ed integrazioni alla legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, concernente: "Nuove provvidenze in favore dei soggetti portatori di handicaps" e ad altre leggi provinciali del settore socio-sanitario".

Punkt 50 der Tagesordnung: "Landesgesetzentwurf Nr. 223/88/a: "Weitere Änderung zum Landesgesetz Nr. 20 vom 30. Juni 1983, betreffend: "Neue Maßnahmen zugunsten der Behinderten" und zu anderen Landesgesetzen auf dem Gebiet des Sozial- und Gesundheitswesens".

Signori consiglieri, vi comunico che se non arriva il Vicepresidente alle 10.15 sospendo per un'ora la seduta, perchè ho un impegno inderogabile.

Sospendo alle 10.15 e torno alle 11.15. Però sembra che arrivi il Vicepresidente, perché ieri sera era ad una riunione elettorale ad Egna ed allora oggi può venire anche qui a fare il suo dovere.

Votiamo per il passaggio alla discussione articolata: approvato all'unanimità con 20 voti favorevoli.

TITOLO I

ULTERIORI MODIFICHE ED INTEGRAZIONI ALLA LEGGE PROVINCIALE 30 GIUGNO 1983,
N. 20, E SUCCESSIVE MODIFICHE ED INTEGRAZIONI

Art. 1

(1) All'art. 1 della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, e successive modifiche ed integrazioni, è aggiunto il seguente comma:

"(7) Fatte salve le disposizioni di cui ai commi precedenti, nei confronti degli utenti dei convitti dei centri sociali, ovvero di forme di assistenza similari o sostitutive dei medesimi, i quali siano titolari di prestazioni economiche ai sensi dell'art. 3 della legge provinciale 21 agosto 1978, n. 46, e successive modifiche, sarà esercitata rivalsa. Detta rivalsa, da disciplinarsi con apposito regolamento di esecuzione, dovrà seguire il criterio di assicurare all'assistito per le sue esigenze personali la disponibilità di una somma comunque non inferiore ad 1/3 dell'ammontare della pensione minima dei lavoratori non autonomi erogata dall'I.N.P.S. Non è suscettibile di rivalsa la tredicesima mensilità della pensione."

I. TITEL

WEITERE ABÄNDERUNGEN UND ERGÄNZUNGEN DES LANDESGESETZES NR. 20 VOM 30. JUNI 1983, IN GELTENDER FASSUNG

(1) Dem Art. 1 des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, in geltender Fassung, ist folgender Absatz angefügt:

"(7) Was Betreute betrifft, die in den Heimen oder Behindertenzentren oder in vergleichbaren oder das Heim ersetzenden Einrichtungen untergebracht sind und finanzielle Leistungen im Sinne von Artikel 3 des Landesgesetzes Nr. 46 vom 21. August 1978, in geltender Fassung, in Anspruch nehmen, wird - unbeschadet der vorhergehenden Absätze - auf die erwähnten Leistungen zurückgegriffen. Für diesen Rückgriff, der mit Durchführungsverordnung zu regeln ist, gilt der Richtsatz, daß dem Betreuten für seine persönlichen Bedürfnisse ein Betrag zu belassen ist, der wenigstens ein Drittel der Mindestrente für abhängige Arbeitnehmer beträgt, die von der staatlichen Sozialversicherungsanstalt (INPS) gezahlt wird. Auf den 13. Monatsbetrag der Rente ist ein Rückgriff nicht zulässig."

Chi chiede la parola? Consigliere Langer.

LANGER (AS): Danke, Herr Präsident! Mit diesem Art. 1 beginnt jetzt eine Reihe von Abänderungen zum Behindertengesetz Nr. 20 von 1983, und beginnt aber auch - müssen wir leider feststellen - ein Rückzieher, den die Landesregierung gegenüber der Zentralregierung sozusagen in voraussehlenden Gehorsam getan hat.

Sie wissen, daß diese Neufassung des Behindertengesetzes mit einer Reihe von Maßnahmen genehmigt worden ist, um auf dem Behindertensektor einiges zu verbessern, um dem Personal endlich ein großes Ausmaß Stabilität zu gewähren, um Dienste zu rationalisieren, um auch eine vernünftige und akzeptable Einteilung in Dienste mit schulähnlichem Charakter und in Betreuungsdienste vorzunehmen.

Es ist dann leider passiert, daß die Landesregierung bei ihren Sondierungen in Rom bezüglich der Bereitschaft, diesem Gesetz freie Bahn zu lassen, offensichtlich auf Widerstände gestoßen ist und daß dann die Landesregierung eine ganze Reihe von Rückziehern selbst eingeplant hat. Das war der Grund, warum dieses Gesetz zuerst in den Landtag gekommen ist, dann an die Kommission rückverwiesen worden ist und dann muß ich sagen, in vielen Fällen mit unserer Gegenstimme, jedenfalls immer mit unserem Bedauern, die positiven Maßnahmen, die zu diesem Gesetzentwurf vorgesehen waren eigentlich zu einem beträchtlichen Teil zurückgezogen worden sind.

Wir haben uns in diesem Sinne einer Erpressung gefügt. Die Erpressung war die: Entweder in dieser Legislaturperiode noch das Gesetz in Rom durchzukriegen und auf viele eigene Vorstellungen zum Gesetz zu verzichten, oder umgekehrt, eigene Vorstellungen zu diesem Gesetz durchzusetzen und den Sichtvermerk in Rom aufs Spiel zu setzen. Die Landesregierung hat die Entscheidung getroffen, den Rückzieher selber vorzunehmen. Sie werden deshalb verstehen, daß wir an sich gegenüber diesen Rückziehern eher das Anliegen des in erster Lesung von der Kommission verabschiedeten Gesetzentwurfes vertreten. Wir werden trotzdem verzichten, alles das, was von der ersten auf die zweite Lesung in der Kommission aufgegeben wurde, hier als Abänderungsanträge wieder einzubringen - wir werden im wesentlichen hier nur einen Abänderungsantrag einbringen - ein Lichtblick hat sich doch durch die gestern verabschiedete Tagesordnung ergeben, daß die Landesregierung den Bildungsurlaub für Behindertenbetreuer, zumindest für die Zukunft als eine politische Verpflichtung anerkennen muß. Trotzdem scheint mir, daß wir schon gar nicht, aber vielleicht der zuständige Assessor mit der neuen Fassung dieses Gesetzes keine besondere Freude haben wird. Also, von einem beabsichtigten Reformwerk ist eigentlich wirklich nurmehr im großen und ganzen eine Fuzelarbeit übriggeblieben.

MERANER (FPS): Ich hätte eigentlich nur eine Frage an den zuständigen Landesrat, weil ich das nicht ganz richtig verstanden habe. Es heißt, daß den Betreuten ein gewisses Taschengeld zur Verfügung bleibt, damit sie doch eine gewisse Bewegungsfreiheit haben und nicht ganz in Abhängigkeit geraten. Das finde ich als eine sehr richtige soziale psychologisch vertretbare Maßnahme. Es geht aber nicht ganz klar hervor, ob das nur die Arbeitnehmer oder nur die Arbeitgeber betrifft, denn es wird auf die Mindestrente der Arbeitnehmer Bezug genommen. Klar muß nur sein, daß es aber auf jeden Fall alle Betreuten betrifft, daß das Ausmaß nur in Bezug auf die Arbeitnehmer festgelegt wird. So daß, wenn beispielsweise ein Freischaffender ins Altersheim käme, daß ihm dieselbe Summe zur Verfügung gestellt wird. Ich glaube schon, daß es im Gesetz so drinnen ist, aber ganz 100%ig ist es nicht so zu verstehen. Wie verhält sich das nun?

SAURER (Landesrat für Sozial- und Gesundheitswesen - SVP): Zum Kollegen Langer: Es ist ganz klar, daß man aufgrund der Zeitnot die wir jetzt haben, das eine und das andere mit den Ministerialbehörden abge-

sprochen hat, und von unserer Seite jedes Interesse ist, daß vor allem die wesentlichen Dinge hier durchgehen. Wir haben uns diesbezüglich mit den Gewerkschaften verpflichtet. Das Gesetz bildet ja auch Teil der Abmachungen, die einstens getroffen worden sind und die wesentlichen Teile dieser Abmachungen sind in dem Gesetz enthalten.

Zum Kollegen Meraner: Hinsichtlich der älteren Mitbürger besteht diese Norm bereits. Wir möchten diese Norm nur auch für die Behinderten einführen, denn es hat sich die Situation ergeben, daß Behinderte, sei es die Invalidenrente bekommen als auch das Begleitgeld, dieses auf dem Sparbuch sich alles stapelt und die Dienste praktisch mehr oder weniger gratis angeboten werden. Jetzt führen wir auch dieses Prinzip ein, wenn jemand eine Begleitzulage oder eine Pension erhält oder ein anderes Einkommen hat, da muß er beitragen, wenn er in einem Wohnheim ist oder in einer stationären Struktur. Allerdings muß gesichert sein, daß ihm zumindest ein Drittel - das sind, glaube ich, circa 150.000 Lire im Monat - als Taschengeld bleibt, genau wie bei der alten Betreuung. Und das für alle.

PRESIDENTE: Qualcun altro chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato all'unanimità.

Art. 2

(1) All'art. 2 della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, è aggiunto il seguente comma:

"(5) Possono essere rimborsati o direttamente sostenuti, in tutto o in parte, gli oneri a carico dei portatori di handicaps per l'acquisto e l'applicazione di protesi e ortesi ortodontiche e massillofacciali, semprechè un'apposita commissione di specialisti nominata con deliberazione della Giunta provinciale riconosca l'assoluta necessità di modificare ai fini riabilitativi l'anatomia e la funzione dell'apparato bucco-fonatorio sia per la fonazione che per la masticazione e la digestione. In tal caso si applica il quarto comma del successivo art. 4."

(1) Dem Art. 2 des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, ist folgender Absatz angefügt:

"(5) Die Ausgaben für den Kauf und das Anbringen von orthodontischen und kieferorthopädischen Prothesen und Orthesen, die zu Lasten der Behinderten gehen, können ganz oder teilweise vergütet oder direkt getragen werden, wenn eine entsprechende Kommission von Fachleuten, die mit Beschluß des Landesausschusses ernannt wird, die unabdingbare Notwendigkeit dieser Hilfsmittel für die anatomische und funktionelle Änderung der Mund- und Kieferpartien anerkennt, und zwar sowohl was die Phonation als auch was die Nahrungsaufnahme und -verwertung betrifft. Dabei wird Artikel 4 Absatz 4 angewandt."

Chi chiede la parola? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato al-

l'unanimità.

Art. 3

(1) All'art. 6, primo comma, della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, sono sostituite, rispettivamente aggiunte le seguenti lettere:

- "h) un responsabile di centro sociale scelto dal competente Assessore;
- i) il direttore dell'ufficio educativo-formativo-lavorativo di cui all'art. 23;
- j) due rappresentanti del personale designati di concerto dalle organizzazioni sindacali maggiormente rappresentative, dei quali uno scelto fra il personale di ruolo operante nell'ambito dell'assistenza scolastica e l'altro nell'ambito dei centri sociali. Qualora le organizzazioni sindacali non dovessero trovare un accordo, la Giunta provinciale sceglierà i rappresentanti fra i nominativi proposti dalle organizzazioni stesse."

(1) In Art. 6 Absatz 1 des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, sind folgende Buchstaben ersetzt bzw. angefügt:

- "h) einem Verantwortlichen eines Behindertenzentrums, der vom zuständigen Landesrat ausgewählt wird;
- i) dem Direktor des Amtes für Erziehung, Bildung und Arbeit laut Art. 23;
- j) zwei Personalvertretern, die von den am stärksten vertretenen Gewerkschaftsorganisationen in gegenseitigem Einvernehmen namhaft gemacht werden; je ein Vertreter ist dabei aus den in den Stellenplänen eingestufteten Bediensteten, die im Rahmen der Schulfürsorge tätig sind, und aus den Bediensteten, die bei den Behindertenzentren arbeiten, auszuwählen. Kommen die Gewerkschaftsorganisationen zu keinem gemeinsamen Entschluß, so wählt der Landesausschuß die Vertreter unter den von den Gewerkschaftsorganisationen vorgeschlagenen Personen aus."

Chi chiede la parola? Consigliere Langer.

LANGER (AS): Danke. Hier sind wir halt wieder beim üblichen Problem, daß Personalvertreter, statt gewählt zu werden, von den Gewerkschaftsorganisationen namhaft gemacht werden bzw. von der Landesregierung ernannt werden, wenn sich die Gewerkschaften nicht einigen können. Allerdings muß sich immerhin in diesem Fall die Landesregierung an die Namen halten, die vorgeschlagen worden sind.

Wir haben darüber gerade vor wenigen Tagen eine Diskussion im Personalgesetz mit dem Personalassessor geführt. Es mutet einem immer wieder seltsam an, daß man die direkte Wahl von Vertretern, von Angestellten, Bediensteten, Arbeitnehmern usw. als etwas gefährliches und subversives ansieht. Deswegen werden wir diesem Artikel nicht zustimmen.

PRESIDENTE: Qualcun altro chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato a maggioranza con 1 voto contrario e 1 astensione.

Art. 4

(1) Dopo l'art. 6 della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, è inserito il seguente articolo:

"Art. 6/bis

Sottocommissioni della consulta

(1) La consulta provinciale per gli interventi in favore dei soggetti portatori di handicaps può costituire nel proprio seno delle sottocommissioni per la trattazione di particolari problemi, definendo per ogni sottocommissione i compiti specifici. Le sottocommissioni riferiscono di norma al plenum i risultati del proprio lavoro, salvo quanto diversamente stabilito dalla consulta stessa all'atto dell'istituzione.

(2) Le funzioni di segretario delle sottocommissioni sono svolte da impiegati dell'Amministrazione provinciale."

(1) Nach Art. 6 des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, ist folgender Artikel eingefügt:

"Art. 6/bis

Unterkommissionen des Landesbeirates

(1) Innerhalb des Landesbeirates für Behindertenhilfe können von diesem Unterkommissionen für die Behandlung besonderer Fragen errichtet werden, wobei für jede Unterkommission die spezifischen Aufgaben festzulegen sind. Die Unterkommissionen erstatten in der Regel dem Plenum über die Ergebnisse ihrer Arbeit Bericht, sofern der Landesbeirat bei der Errichtung nicht etwas anderes festlegt.

(2) Sekretäre der Unterkommissionen sind Beamte der Landesverwaltung."

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 4/bis

(1) All'art. 8, secondo comma, della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, è aggiunto il seguente periodo: "Le modalità per l'erogazione delle relative prestazioni saranno disciplinate, ove necessario, tramite apposite convenzioni."

(1) Dem Art. 8 Absatz 2 des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, ist folgender Satz angefügt: "Nähere Bestimmungen über die Erbringung der entsprechenden Leistungen werden, sofern notwendig, durch eigene Vereinbarungen getroffen."

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato a maggioranza con 3 astensioni.

Art. 5

(1) All'art. 9, primo comma, della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20,

la lettera b) è sostituita dalla seguente:

"b) da due operatori del centro eletti dal personale".

(1) Art. 9 Absatz 1 Buchstabe b) des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, erhält folgende Fassung:

"b) zwei vom Personal gewählten Bediensteten des betreffenden Zentrums."

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato a maggioranza con 3 astensioni.

Art. 6

(1) All'art. 10, secondo comma, della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, e successive modifiche ed integrazioni, l'ultimo periodo è sostituito dal seguente: "I frequentanti sono assicurati, a cura dell'ufficio affari amministrativi di cui all'art. 23, contro gli infortuni sul lavoro e le malattie professionali in base alle vigenti norme in materia".

(2) Al quinto comma del medesimo art. 10 è aggiunto il seguente periodo: "Durante le assenze del suddetto personale per i motivi previsti in contratto, compreso il congedo ordinario, il direttore dell'ufficio precitato è autorizzato ad incaricare direttamente le corrispondenti unità di personale a titolo di supplente dietro motivata richiesta del competente responsabile del centro sociale."

(3) All'art. 10 della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, sono aggiunti i seguenti commi:

"(9) Per l'erogazione delle forme di assistenza di cui al presente articolo, i posti di laboratorio possono essere collocati anche in aziende pubbliche e private. In tal caso l'Amministrazione stipula convenzioni di affidamento con aziende ritenute idonee.

(10) Con il regolamento di esecuzione vengono stabiliti i requisiti richiesti alle aziende affidatarie, le forme di appoggio e di consulenza tecnica e pedagogica e le modalità di vigilanza a cura del centro sociale competente per territorio."

(1) Art. 10 Absatz 2 letzter Satz des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, in geltender Fassung, erhält folgende Fassung: "Das Amt für Verwaltung laut Art. 23 hat dafür zu sorgen, daß die in den Werkstätten tätigen Behinderten auf Grund der einschlägigen Rechtsvorschriften gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten versichert werden."

(2) Dem Art. 10 Absatz 5 ist folgender Satz angefügt: "Der Direktor des erwähnten Amtes ist ermächtigt, für die Zeiträume, in denen die genannten Bediensteten aus den im Vertrag vorgesehenen Gründen - auch auf Grund eines ordentlichen Urlaubes - abwesend sind, auf begründeten Antrag des zuständigen Verantwortlichen des Behindertenzentrums unmittelbar eine entsprechende Anzahl an Personal ersatzweise zu beauftragen."

(3) Dem Art. 10 des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, sind folgende Absätze angefügt:

"(9) Zur praktischen Durchführung der Betreuung laut diesem Artikel können Stellen für Werkstattbesucher auch in öffentliche und private Betriebe verlegt werden. In diesem Fall schließt die Verwaltung Vereinbarungen über die Anvertrauung mit Betrieben ab, die sie für geeignet hält.

(10) Mit Durchführungsverordnung sind nähere Bestimmungen über die erforderlichen Eigenschaften von Betrieben, denen Betreute anvertraut werden, festzulegen; außerdem sind Unterstützungsmaßnahmen und Maßnahmen zur fachlichen und pädagogischen Beratung sowie die Art und Weise der Überwachung zu regeln, für welche das örtlich zuständige Behindertenzentrum zu sorgen hat."

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato all'unanimità.

L'articolo 7 é stato stralciato da parte della commissione. Dó lettura dell'emendamento presentato dai consiglieri Langer e Tribus, che ripristina l'articolo:

Articolo 7

(1) All'art. 11 della legge provinciale 30.6.1983 n. 20, sono aggiunti i seguenti commi:

"(4) Per l'espletamento dei compiti di cui al comma precedente in favore dei residenti sul territorio di competenza, i centri sociali si avvalgono di consulenti per l'inserimento lavorativo, scelti dal proprio personale addetto ai laboratori protetti e preparati in relazione alle mansioni dell'inserimento lavorativo; per detto personale possono essere previsti orari diversi.

(5) Presso ogni centro sociale è istituito un comitato d'intervento per l'inserimento lavorativo, presieduto dal direttore del centro stesso e composto dal consulente per l'inserimento lavorativo, da un insegnante di scuola professionale della zona e da un rappresentante della sezione circoscrizionale per l'impiego. Il comitato é convocato dal direttore ogni qualvolta é richiesto, ai fini di un collocamento mirato dell'invalide, il coordinamento degli interventi di appoggio, del collocamento al lavoro e della formazione professionale. Il comitato esprime comunque parere obbligatorio in ordine all'assunzione dei portatori di handicap presso il laboratorio protetto.

(1) Dem Art. 11 des Landesgesetzes vom 30.6.1983, Nr. 20 werden folgende Absätze angefügt:

"(4) Um die im vorhergehenden Absatz vorgesehenen Aufgaben zugunsten der im Einzugsbereich ansässigen Behinderten zu erfüllen, bedienen sich die Sozialzentren eigener Eingliederungsberater. Diese werden aus dem Einsatzpersonal bei den beschützenden Werkstätten ausgewählt und auf die Aufgabe der Arbeitseingliederung hin ausgebildet; für dieses Personal können eigene Stundentpläne vorgesehen werden.

(5) Bei jedem Sozialzentrum wird ein Einsatzkomitee für die Arbeitseingliederung eingesetzt, in welchem der Direktor des Zentrums den Vorsitz führt. Das Komitee ist zusammengesetzt aus dem Eingliederungsberater, einem Berufsschullehrer des Bezirkes und einem Vertreter des Bezirksarbeitsamtes. Das Komitee wird vom Direktor immer dann einberufen, wenn eine gezielte Eingliederung des Invaliden den koordinierten Einsatz von Stützmaßnahmen, der Arbeitsvermittlung und der Berufsausbildung erfordert. Das Einsatzkomitee gibt obligatorisch ein Gutachten über die Aufnahme von Behinderten in die beschützende Werkstätte ab.

Chi chiede la parola? Consigliere Langer.

LANGER (AS): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Mit diesem neuen Art. 7, den wir einfügen möchten, kommen wir einem Wunsch der Behindertenverbände nach. Sie möchten, daß im Gesetz die Aufgaben und Funktionen der Eingliederungsberater für die Arbeit in den beschützenden Werkstätten eingebaut werden. In der Kommission haben wir über dieses Thema bereits gesprochen, dort hat die Landesregierung den Standpunkt vertreten, daß sie noch überprüfen wolle, ob für eine solche Maßnahme in Rom günstiges Klima besteht, ob man darauf hoffen könnte, daß so etwas in Rom durchgeht oder nicht durchgeht. Wir haben natürlich keine Möglichkeit, solche Aufklärungen zu führen, wissen nicht, ob die Landesregierung sie geführt hat und haben uns deswegen verpflichtet gefühlt, im Sinne der Behindertenverbände diesen Antrag jedenfalls einzubringen und warten jetzt auf die Antwort der Landesregierung.

Ich möchte noch, Herr Präsident, einen Augenblick zur Verfahrungsweise sprechen.

Signor Presidente, scusi, intervengo un attimo anche sull'ordine dei lavori e in particolare su questo. In Commissione é stato approvato un articolo che risulta essere qui il 27/bis. Ora per ragioni di sistematica, io proporrei e chiederei anche, se l'assessore é d'accordo, che dopo questo articolo 7, cioè dopo aver discusso e votato l'articolo 7, si anticipi e si inserisca qui l'articolo 27/bis. La ragione di questa richiesta consiste nel fatto che l'articolo 27/bis si riferisce all'articolo 11 della legge che andiamo a modificare, per cui proporrei dopo questo, di trattare il 27/bis, cioè di anticiparlo, trasformandolo poi di fatto in un 7/bis. Questo sull'ordine dei lavori.

Torniamo però all'art. 7. Ich bitte die Landesregierung uns wissen zu lassen, ob sie jetzt glaubt, diesem Antrag positiv gegenüberstehen zu können.

SAURER (Landesrat für Sozial- und Gesundheitswesen - SVP): Es ist uns trotz des Versuchs nicht gelungen, eine endgültige Abklärung dieser Geschichte da zu erreichen, wohl aber ist es uns gelungen, eine endgültige Abklärung im Zusammenhang mit dem Art. 27/bis, der ja in der Kommission eingefügt worden ist, zu erreichen, wobei der Text etwas modifiziert

wird. Hier nicht und ich möchte um Verständnis dafür ersuchen, daß wir dieses Problem im Zusammenhang mit den anderen noch offenbleibenden Problemen beim Gesetz das noch folgen müßte, daß wir dieses Problem in diesem Zusammenhang regeln.

PRESIDENTE: Qualcun altro chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'emendamento: respinto a maggioranza con 4 voti favorevoli e 1 astensione.

La parola al consigliere Langer sull'ordine dei lavori.

LANGER (AS): Herr Präsident! Ich bitte darum und ich möchte, daß auch der Landesrat sich dazu äußert, daß jetzt hier an dieser Stelle der Art. 27/bis behandelt wird und in einen Art. 7/bis verwandelt wird, weil er systematisch hier jetzt hineingehören würde, weil er eine Änderung des Art. 11 des Gesetzes von 1983 zum Gegenstand hat.

PRESIDENTE: Siccome l'Assessore é d'accordo, adesso trattiamo l'art. 27/bis che diventerá poi l'art. 7/bis.

Art. 27/bis

(1) Dopo l'art. 11 della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20. è inserito il seguente articolo:

Art. 11/bis

(1) Le assunzioni di personale da effettuarsi ai sensi della legge 2 aprile 1968, n. 482, presso l'Amministrazione provinciale e presso gli enti pubblici soggetti alla vigilanza della Provincia avvengono in base ad una graduatoria formata tra gli aventi diritto, i quali saranno di volta in volta informati mediante pubblico avviso. I criteri della graduatoria tengono conto dell'anzianità di iscrizione, del maggior grado dell'invalidità, dell'idoneità del soggetto allo svolgimento delle mansioni relative al posto da ricoprire, nonchè del possesso dei requisiti generali per l'accesso al pubblico impiego.

(2) I posti riservati alle categorie di invalidi e assimilati ai sensi della legge n. 482/1968, eventualmente rimasti scoperti presso gli enti pubblici di cui al precedente comma, devono essere coperti entro tre anni dalla data di entrata in vigore della presente legge, con attuazione delle procedure indicate al suddetto comma precedente o comunque al verificarsi di nuove assunzioni.

(3) La Giunta provinciale, con scadenza al 31 dicembre di ogni anno, accerta la situazione occupazionale relativa agli invalidi e categorie assimilate presso l'amministrazione propria, nonchè presso gli enti pubblici soggetti alla vigilanza della Provincia. Provvede alla pubblicazione sul Bollettino Ufficiale della Regione dei dati numerici indicando, distintamente per ogni ente, categoria di invalidità e livello funzionale di appartenenza, il numero dei dipendenti in servizio e il numero dei dipendenti assunti in base alla legge n. 482/1968.

(4) La Giunta provinciale provvede al rimborso degli oneri derivanti dalla trasformazione dei centralini telefonici di cui all'art. 8 della legge 29 marzo 1985, n. 113, concernente il collocamento e il rapporto di lavoro dei centralinisti non vedenti.

(1) Nach dem Art. 11 des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, ist folgender Artikel eingefügt:

Art. 11/bis

(1) Bei der Landesverwaltung und bei den Verwaltungen jener öffentlichen Körperschaften, die der Aufsicht des Landes unterstehen, wird das Personal, das nach Gesetz Nr. 482 vom 2. April 1968 einzustellen ist, aufgrund einer Rangordnung der Anspruchsberechtigten aufgenommen. Die Anspruchsberechtigten werden von Fall zu Fall durch öffentliche Kundmachung verständigt. Die Kriterien für die Erstellung der Rangordnung berücksichtigen die Dauer der Eintragung, den höheren Invaliditätsgrad, die Eignung der Person für die Arbeiten, welche an der zu besetzenden Arbeitsstelle auszuführen sind, sowie die allgemeinen Voraussetzungen für den öffentlichen Dienst.

(2) Jene Stellen, welche gemäß Gesetz Nr. 482 vom 2. April 1968 den Invaliden und gleichgestellten Gruppen vorbehalten und bei den obgenannten Körperschaften allenfalls noch frei sind, müssen - unter Anwendung der im vorhergehenden Absatz genannten Vorgangsweise - binnen drei Jahren ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes besetzt werden, oder jedenfalls dann, wenn Neuaufnahmen getätigt werden.

(3) Der Landesausschuß ermittelt alljährlich zum Zeitpunkt des 31. Dezembers die Beschäftigungslage bezüglich Invaliden und gleichgestellter Gruppen, bei der eigenen Verwaltung sowie bei den Körperschaften, die der Aufsicht des Landes unterstehen. Der Landesausschuß sorgt dafür, daß die Gesamtzahl der Bediensteten bei den obgenannten Körperschaften sowie die Anzahl der nach Gesetz Nr. 482/1968 eingestellten Bediensteten - jeweils getrennt nach Körperschaft, Invalidengruppe und Verwendungsebene im Amtsblatt der Region veröffentlicht werden.

(4) Der Landesausschuß sorgt für die Rückvergütung der Auslagen für den Umbau der Telefonzellen im Sinne des Art. 8 des Gesetzes Nr. 113 vom 29. März 1985, betreffend die Arbeitsvermittlung und das Dienstverhältnis der blinden Telefonisten.

E' stato presentato un emendamento dal consigliere Frasnelli e dall'assessore Saurer, che dice: "All'art. 27/bis, il terzo comma del nuovo art. 11/bis é sostituito dal seguente:

"(3) La Giunta provinciale, di concerto con la commissione provinciale per il collocamento obbligatorio di cui agli artt. 16 e 17 della legge n. 482 del 2 aprile 1968, provvede annualmente alla pubblicazione sul Bollettino Ufficiale della Regione dei dati concernenti la situazione occupazionale relativa agli invalidi e categorie assimilate presso l'Amministrazione propria nonché presso gli enti pubblici soggetti alla vigi-

lanza della Provincia indicando, distintamente per ogni ente, categoria di invalidità e livello funzionale di appartenenza, il numero dei dipendenti in servizio e il numero dei dipendenti assunti in base alla legge n. 482 del 2 aprile 1968."

Im Art. 27/bis erhält Absatz 3 des neuen Artikels 11/bis folgende Fassung:

"(3) Im Einvernehmen mit der Landeskommission für die Pflichteinstellung laut den Artikeln 16 und 17 des Gesetzes Nr. 482 vom 2. April 1968 sorgt der Landesausschuß dafür, daß die Zahlen betreffend die Beschäftigungslage bezüglich Invaliden und gleichgestellter Gruppen bei der eigenen Verwaltung sowie bei den Körperschaften, die der Aufsicht des Landes unterstehen, jährlich im Amtsblatt der Region veröffentlicht werden; dabei sind - getrennt für jede Körperschaft - Invaliditätskategorie und zugehörige Einstufung, die Gesamtzahl der Bediensteten sowie die Anzahl der gemäß Gesetz Nr. 482 vom 2. April 1968 eingestellten Bediensteten anzuführen."

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'emendamento: approvato all'unanimità.

Chi chiede la parola sull'art. 27/bis? Consigliere Langer.

LANGER (AS): Danke. Ich freue mich, daß es gelungen ist, diesen von uns vorgeschlagenen Artikel in den Gesetzestext aufzunehmen, weil es doch notwendig ist, daß die Landesverwaltung als erste zu ihren Verpflichtungen gegenüber den Behinderten steht, d.h. also, daß die Landesverwaltung selber gewissermaßen vor der eigenen Tür kehrt und sich verpflichtet zu überprüfen, ob sie sich an die Pflichteinstellung hält, daß sie die nötige Glasnost, also die nötige Transparenz veranlaßt, um immer wieder zu überprüfen, wie es bei der Landesverwaltung selbst und bei den von ihr abhängigen Körperschaften diesbezüglich steht und daß damit auch jetzt eine Voraussetzung geschaffen wird, daß in Zukunft Invaliden bei unseren öffentlichen Körperschaften auch tatsächlich in Beachtung des Gesetzes Nr. 482 von 1968 auch eingestellt werden können.

Ich glaube, daß die kleine Abänderung, die die Landesregierung beantragt hat und der wir ja auch zugestimmt haben, an der Substanz nichts verändert, sondern die Kompetenzen der zuständigen Landeskommission war. Deswegen freuen wir uns, daß es gelungen ist, diesen Artikel in das Gesetz aufzunehmen und beizubehalten.

PRESIDENTE: Su questo articolo, Assessore, Le parlo come repubblicano, data la mia vasta esperienza come dirigente d'azienda, sull'applicazione della legge 482. C'è una sostanziale differenza fra ente pubblico e impresa privata e mi spiego. Nell'impresa privata l'Ufficio del Lavoro manda autonomamente gli invalidi, invalidi civili del lavoro, orfani, e tanti altri, per un complessivo del 15% delle categorie protette. Come arriva nella ditta privata questa domanda, la ditta privata può respingere il signor Rossi e l'Ufficio ne manda subito un altro dopo tre giorni.

Comunque da quel momento questo diventa dipendente anche se non viene utilizzato e sono previste multe pesantissime per coloro che non adempiono a questi fatti. Vedete così che le ditte private sono tutte vincolate con la 482 e prendono questi invalidi.

Passiamo al pubblico impiego, perché lo Stato ed anche la Provincia parla bene, ma razzola male; fa leggi pesanti per il privato e per il pubblico impiego passa alla chiamata. Che cosa vuol dire? Diventa un gioco dei bussolotti: se non fa la chiamata l'Ufficio o l'Ispettorato non ha potere di inviare d'ufficio l'invalido dove manca questa percentuale; questo è il grave danno. Dopo c'è il concetto della pianta organica, perché se un ufficio ha cento dipendenti tutti coperti e non c'è neanche un invalido, con la scusa che non c'è il posto in pianta organica questo ufficio viene tutelato e non fa nessuna chiamata. Solo quando fa un concorso eventualmente deve riservare tra gli idonei un posto per le categorie protette. Praticamente è un'attuazione veramente impropria, si dovrebbe almeno come Provincia autonoma prendere posizione, assessore, bisognerebbe fare un emendamento, laddove i ruoli sono coperti col turno, in modo che man mano che avviene una vacanza si ricorra alla chiamata obbligatoria delle categorie protette o comunque si provveda all'ampliamento dell'organico.

Noi, per esempio, l'altra settimana abbiamo fatto quell'ampliamento di organico, quello bisogna comunicarlo immediatamente all'Ufficio competente, in modo che l'addove non c'è il 15% degli invalidi, venga chiesto l'assunzione di questi invalidi accelerando il tutto. Io sono rimasto nella commissione di vigilanza, per il collocamento della 482 per anni e anni. Voi, ma nemmeno i giovani si ricorderanno che ho addirittura denunciato per inadempienza il presidente della Cassa Malati, della Cassa di Risparmio, il presidente del Tribunale, Chiara Battisti, e un altro presidente di un ente pubblico per inosservanza della 482. Quando siamo arrivati in tribunale sono stati assolti tutti, perché c'era questo vincolo della chiamata. Mi chiedo se noi vogliamo veramente aiutare le categorie protette, perché questa legge non cambia in definitiva nulla da quello che già prevede la 482 del 1968, una legge che ha vent'anni. Non parlo bene e razzolo male, perché appena mi avete approvato l'ampliamento della pianta organica, se vi ricordate, non ho aspettato i comandi, in modo che mi mandassero lo scarto degli uscieri della Giunta, ma ho onorato questa categoria e mi sono fatto mandare tre invalidi, i quali sono già in esercizio. Fatti dunque, quando si vuole operare.

Assessore, qui bisogna che lei magari studi un emendamento che faccia effettivamente qualcosa, perché questa legge è poco rivoluzionaria; glielo dice un personaggio che è stato in queste commissioni. Sono un invalido di guerra e pertanto conosco tutta questa procedura. I miei associati non se ne accollano più, perché stanno tutti scomparendo. L'ultima guerra è finita 43 anni fa, ed è tutta gente che ha 68-70 anni, pensionati, invalidi di guerra, ma ci sono tutta un'altra serie, figli di orfani, invalidi civili. Pertanto bisogna trovare una forma, se le nostre compe-

tenze primarie ce lo permettono, da rendere obbligatorie queste assunzioni. Le aziende private ogni semestre devono mandare all'Ufficio del Lavoro l'elenco di tutte le categorie di dipendenti con il nominativo degli invalidi. Allora la Lancia, le Acciaierie, le altre aziende hanno 100 dipendenti, fanno la lista e vedono se c'è il 15%. Si può chiedere lo scorporamento fra le categorie, ossia se è previsto il 4% in invalidi di guerra, in orfani, poi si chiede uno scorporo, per vedere l'esistenza di un'alta specializzazione che non può mai raggiungere più del 20% di coloro che vengono obbligatori. Noi facciamo l'elenco una volta l'anno, ma sarebbe bene prevedere un emendamento che riduca il tempo, al 30 giugno e al 31 dicembre, come fanno le aziende private. Non si cambia nulla, ci si adegua alle cose già in atto da 20 anni.

Non mi scappi, Assessore, perché mi rivolgo a Lei. Se Lei va via, io non parlo a loro, ma parlo a Lei, perché anche se loro mi danno ragione non se ne fa nulla. Bisogna fare un emendamento per rendere omogenea la cosa, e poi trovare una forma, non a chiamata, ma obbligatoria prendendo tutte le norme previste dalla 482. Altrimenti qui non risolvete nulla, perché se arriva un assessorato e questo non fa la chiamata, con questa legge i portatori di handicaps restano fuori dalla porta, restano sempre disoccupati. Ve lo dico per esperienza.

Mi piacerebbe sentire le conclusioni dell'Assessore che so essere molto sensibile nel suo settore ed anche pratico. Si vede da come ha fatto con il piano sanitario, con le specializzazioni che sono state attuate in questi giorni. Siccome non finiremo oggi questa legge, possiamo approvare questo articolo con l'emendamento del semestre e poi vedere se possiamo trovare una forma per renderlo obbligatorio; allora diventerà una nota di benemerito per la categoria. Sarebbe il primo Assessore che rompe quell'omertà della chiamata che non soddisfa le categorie protette.

La parola all'Assessore Saurer.

SAURER (Landesrat für Sozial- und Gesundheitswesen - SVP): Herr Präsident! Die Dinge, die Sie gesagt haben könnten auch akzeptabel sein, aber ich möchte Sie darauf hinweisen, daß das Land in diesem Bereich nur eine ergänzende - nicht eine sekundäre - Gesetzgebungsfunktion hat. Die Dinge, die Sie hier vorschlagen, sind sicher Grundsätze der Gesetzgebung. Sollte man diese Grundsätze hier einfügen, dann glaube ich - der Staat ist ja dabei, das Gesetz Nr. 482 zu überarbeiten -, müssen wir abwarten, was dort herauskommt, denn hier Grundsätze in Abweichung zu diesem Gesetz einzuführen, wäre ein sicherer Rückverweisungsgrund. Das heißt, man kann mit Ihren Ausführungen einverstanden sein; wir haben aber keine Zuständigkeit hier, im grundsätzlichen etwas zu ändern.

Infolgedessen, das was wir getan haben ist, die Situation in unseren öffentlichen Körperschaften etwas offensichtlicher zu machen. Das können wir ruhig tun, wenn wir vor allem das Einvernehmen mit der Landeskommision herstellen, die eine staatliche Kommission ist. Darüber hinaus können wir abraten, irgendetwas zu tun, bevor der Staat nicht das Gesetz

Nr. 482 reformiert hat, wobei wir uns dann an die Grundsätze zu halten haben.

BOESSO (Presidente - PRI): Allora io sono favorevole. Scusi se prendo ancora la parola, ma possiamo ancora aggiungere qualcosa. Al comma 3 bisognerebbe mettere "la Giunta provinciale, con scadenza 30 giugno e 31 dicembre di ogni anno", così ci adeguiamo a quella che è la normativa, ossia il doppio controllo, perché uno non deve aspettare un anno per sapere. Si aggiunge solo la data 30 giugno.

Qualcun altro chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato all'unanimità.

Art. 8

(1) All'art. 12, secondo comma, lettera c), della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, è aggiunto il seguente periodo: "Fino all'attuazione del piano socio-assistenziale i centri sociali possono comunque erogare le proprie prestazioni istituzionali mediante il proprio personale anche fuori dalle proprie sedi."

(1) Dem Art. 12 Absatz 2 Buchstabe c) des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, ist folgender Satz angefügt: "Bis zur Verwirklichung des Landessozialplanes sind die Behindertenzentren befugt, ihre institutionellen Fürsorgeleistungen durch das ihnen zugewiesene Personal auch außerhalb ihrer Einrichtungen zu erbringen."

Chi chiede la parola? Nessuno. pongo in votazione l'articolo: approvato all'unanimità.

Art. 9

(1) La denominazione dell'art. 13 della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, è sostituita dalla seguente: "Corso occupazionale e di socializzazione".

(2) Nel primo comma del medesimo art. 13 le parole: "corso di socializzazione e terapia occupazionale" sono sostituite dalle parole "corso occupazionale e di socializzazione".

(1) Die Überschrift von Art. 13 des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, erhält folgende Fassung: "Werk- und Sozialisierungskurs".

(2) In Absatz 1 desselben Artikels sind die Worte: "in einen von den Behindertenzentren durchgeführten Kurs eingeschrieben, in dem Sozialerziehung und Beschäftigungstherapie auf ihn angewandt werden" durch die Worte: "in einen Werk- und Sozialisierungskurs eingeschrieben, der von den Behindertenzentren durchgeführt wird" ersetzt.

Chi chiede la parola? Consigliere Langer.

LANGER (AS): Per la verità avevo chiesto strumentalmente la parola sull'articolo 9, per lamentare lo stralcio dell'articolo 10 successivo, sul quale non si può più parlare, perché in Commissione è stato stralcia- to. Vorrei solo che si capisse che se noi votiamo a favore degli articoli che ci sono, il nostro giudizio complessivo sulla legge è determinato an- che dagli articoli che non ci sono più. Non vorrei che alla fine qualcuno si meravigliasse del giudizio critico che daremo su questa legge, perché magari ci vede votare a favore degli articoli che ci sono, ma non ci vede versare le lacrime su quelli che non ci sono più, come l'articolo 10, che a questo punto verrebbe, ma che è stato soppresso.

PRESIDENTE: Qualcun altro chiede la parola? Nessuno. Pongo in vota- zione l'articolo: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 11

(1) Il primo, secondo e quarto comma dell'art. 14 della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, sono sostituiti dai seguenti:

"(1) Il trasporto dei soggetti portatori di handicaps è attuato mediante i normali servizi organizzati dall'ufficio provinciale affari generali trasporti e semprechè non possa provvedervi la famiglia dell'utente. Ai fini di venire incontro alle esigenze peculiari degli assistiti dei centri sociali il predetto ufficio, fermo quanto previsto dal titolo III della legge provinciale 9 dicembre 1976, n. 60, è autorizzato, con le modalità da stabilirsi in apposito regolamento di esecuzione, ad orga- nizzare appositi servizi di trasporto gestendoli in economia.

(2) Fatti salvi i trasporti di cui al primo comma, lettera b), del suc- cessivo art. 16, i centri sociali possono provvedere direttamente, in casi di urgenza o necessità, al trasporto dei propri assistiti e loro eventuali accompagnatori, nonchè, nell'ambito dei posti disponibili, an- che di altri soggetti portatori di handicaps. Per i suddetti scopi i centri sono dotati di automezzi di servizio; essi possono altresì avva- lersi di servizi di trasporto infermi, ovvero usufruire di automezzi pubblici o privati, assumendo la relativa spesa.

(4) Secondo criteri stabiliti dalla Giunta provinciale possono essere concessi rimborsi alle famiglie dei soggetti portatori di handicaps e a coloro che con mezzo motorizzato pubblico o privato provvedono a proprie spese all'accompagnamento e trasporto del soggetto portatore di handicap dall'abitazione alle sedi scolastiche, a quelle dei centri sociali, non- chè di altri enti ed istituzioni per scopi di assistenza, prevenzione, cura e riabilitazione, nonchè viceversa. Il rimborso è disposto dal com- petente direttore d'ufficio."

(1) Art. 14 Absätze 1, 2 und 4 des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, erhalten folgende Fassung:

"(1) Die Beförderung der Behinderten wird, sofern nicht seine Familie dafür sorgen kann, von den vom Landesamt für allgemeine Angelegenheiten

des Beförderungswesens eingerichteten normalen Beförderungsdiensten besorgt. Um den besonderen Bedürfnissen der Betreuten der Behindertenzentren entgegenzukommen, ist das genannte Landesamt, unbeschadet der Bestimmungen laut III. Titel des Landesgesetzes Nr. 60 vom 9. Dezember 1976, befugt, besondere Beförderungsdienste für Behinderte einzurichten und sie in Regie zu führen; nähere Bestimmungen sind mit Durchführungsverordnung festzulegen.

(2) Unbeschadet der Beförderung laut Art. 16 Absatz 1 Buchstabe b) sind die Behindertenzentren befugt, bei Dringlichkeit oder Notwendigkeit selbst für die Beförderung ihrer Betreuten samt Begleitpersonen zu sorgen; dabei können auch - im Rahmen der verfügbaren Plätze - Behinderte befördert werden, die nicht von ihnen betreut werden. Für diese Aufgabe sind die Behindertenzentren mit Dienstfahrzeugen ausgestattet; sie können sich für diese Zwecke außerdem der Krankentransportdienste bedienen oder öffentliche Verkehrsmittel oder Privatfahrzeuge benutzen; sie übernehmen dabei die Kosten.

(4) Den Familien der Behinderten sowie den Personen, die Behinderte - zum Zwecke der Betreuung, Vorsorge, Behandlung oder Rehabilitation - auf eigene Kosten mit einem öffentlichen Verkehrsmittel oder mit einem Privatfahrzeug von der Wohnung zur Schule, zu den Einrichtungen der Behindertenzentren sowie zu den Dienststellen anderer Körperschaften, Anstalten und Einrichtungen - und wieder zurück - begleiten und befördern, kann auf Grund von Richtlinien, die vom Landesauschuß zu erlassen sind, eine Vergütung entrichtet werden. Die Auszahlung der Vergütung wird vom zuständigen Amtsdirektor angeordnet."

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato a maggioranza con 3 astensioni.

Art. 12

(1) L'art. 15 della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, è sostituito dal seguente:

"(1) La Giunta provinciale è autorizzata a sostenere direttamente o a rimborsare a soggetti portatori di handicaps possessori di patente di guida per motoveicoli ed autoveicoli della categoria A, B e C speciali fino al 100% delle spese necessarie per l'adattamento di motoveicoli ed autoveicoli di loro proprietà od in loro possesso tramite regolare contratto di "leasing" di durata almeno triennale, ove necessario in funzione del particolare tipo di permanente menomazione degli arti inferiori e/o superiori. La presente disposizione può essere estesa dalla Giunta provinciale nell'ambito dei criteri di cui al quarto comma del presente articolo, all'adattamento per i medesimi scopi di macchine agricole e macchine operatrici.

(2) La Giunta provinciale è altresì autorizzata a concedere ai soggetti di cui al precedente comma un contributo nella misura massima del 40% della spesa riconosciuta ammissibile per l'acquisto di soli motoveicoli

e autoveicoli, ai fini del loro successivo adattamento ai sensi del comma precedente. Ai fini del presente comma non verranno presi in considerazione autoveicoli eccedenti i limiti massimi di cilindrata e di potenza previsti dalle vigenti disposizioni per la patente per motoveicoli ed autoveicoli delle categorie A, B e C speciali.

(3) Le presenti disposizioni valgono anche per i veicoli di serie già dotati di opportuni servomeccanismi e che non necessitano di ulteriore adattamento. Qualora la differenza di prezzo fra la versione normale del veicolo e quella adattata dalla casa costruttrice sia quantificabile, la relativa somma può essere ammessa a rimborso ai sensi del primo comma.

(4) All'attuazione degli interventi di cui al presente articolo si provvede secondo criteri e modalità da stabilirsi con deliberazione della Giunta provinciale. Nell'ambito di tali criteri devono essere previsti, in particolare, limiti massimi di reddito per l'accesso agli interventi stessi. Ai fini della valutazione di detto limite massimo si tiene conto del reddito complessivo del penultimo anno antecedente la presentazione della domanda, se presentata entro il 30 aprile, e dell'anno precedente la presentazione, se avvenuta dopo tale data. I criteri per la concessione delle provvidenze di cui al secondo comma del presente articolo potranno prevedere una differenziazione a seconda che i beneficiari siano portatori di handicaps permanente degli arti inferiori oppure superiori."

(1) Art. 15 des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, erhält folgende Fassung:

"(1) Der Landesausschuß ist befugt, für Behinderte, die den Führerschein für Kraftfahrzeuge der Sonderkategorien A, B und C besitzen, direkt oder durch Vergütung bis zu 100% der Kosten für den Umbau von Kraftfahrzeugen zu tragen, die Eigentum oder - auf Grund eines ordentlichen Leasingvertrages mit wenigstens dreijähriger Laufzeit - im Besitz der betroffenen Behinderten sind; Voraussetzung ist, daß der Umbau wegen dauernder Behinderung besonderer Art der unteren und/oder oberen Gliedmaßen erforderlich ist. Der Landesausschuß kann diese Bestimmung - im Rahmen der laut Absatz 4 festzulegenden Richtlinien - auf die Anpassung von landwirtschaftlichen Maschinen und Arbeitsmaschinen im Sinne dieses Absatzes ausdehnen.

(2) Der Landesausschuß ist außerdem befugt, den in Absatz 1 genannten Personen einen Zuschuß im Höchstausmaß von 40% der Kosten zu gewähren, die für den Kauf von Kraftfahrzeugen, die im Sinne von Absatz 1 umgebaut werden sollen, als zulässig anerkannt sind. Diese Bestimmung wird nicht auf Kraftfahrzeuge angewandt, die in Hinsicht auf Hubraum und Motorleistung das in den einschlägigen Vorschriften für die Erlangung des Führerscheines für Kraftfahrzeuge der Sonderkategorien A, B und C festgelegte Höchstausmaß überschreiten.

(3) Die Bestimmungen dieses Artikels gelten auch für in Serienfertigung hergestellte Fahrzeuge, die bereits mit geeigneten Servomechanismen aus

gestattet sind und keine weitere Anpassung erfordern. Falls die Preisdifferenz zwischen der normalen und der vom Hersteller gefertigten Sonderversion als Betrag bestimmbar ist, kann dieser Betrag gemäß Absatz 1 vergütet werden.

(4) Die in diesem Artikel vorgesehenen Maßnahmen werden auf Grund von Richtlinien und näheren Bestimmungen angewandt, die mit Beschluß des Landesausschusses festzulegen sind. Durch diese Richtlinien sind insbesondere Einkommensgrenzen für den Anspruch auf die Leistungen laut diesem Artikel festzusetzen. Wird das Gesuch innerhalb 30. April gestellt, so ist in bezug auf die Einkommensgrenze das im zweiten Jahr vor Gesuchstellung erzielte Gesamteinkommen maßgebend; wird es hingegen nach dem 30. April gestellt, so ist das im Jahr vor Gesuchstellung erzielte Gesamteinkommen maßgebend. In den Richtlinien über die Leistungen laut Absatz 2 kann eine unterschiedliche Behandlung der Leistungsempfänger vorgesehen werden, je nachdem, ob es sich um Personen mit dauernden Behinderungen an den unteren oder mit solchen an den oberen Gliedmaßen handelt."

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato a maggioranza con 1 astensione.

Art. 13

(1) Dopo l'art. 15 della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, è inserito il seguente articolo:

Art. 15/bis

Interventi a favore dei sordomuti

- (1) Per assicurare ai sordomuti l'accesso al servizio telefonico pubblico attraverso la rete telefonica, la Giunta provinciale concorre nelle spese per l'acquisto del dispositivo telefonico per sordomuti (D.T.S.) a favore dei cittadini sordomuti residenti in provincia di Bolzano.
- (2) Il contributo finanziario può essere erogato ai sordomuti abbonati stessi o al nucleo familiare con il quale il sordomuto, almeno dodicenne, convive.
- (3) E' compatibile la concessione del contributo al sordomuto per l'acquisto del dispositivo per uso privato e la concessione del contributo ai sensi dell'art. 11 della stessa legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, per l'allestimento del posto di lavoro a favore dello stesso lavoratore sordomuto.
- (4) Con deliberazione della Giunta provinciale viene stabilito e periodicamente aggiornato l'importo massimo ammissibile al contributo.

(1) Nach Art. 15 des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, ist folgender Artikel eingefügt:

Art. 15/bis

Maßnahmen zugunsten der Taubstummen

- (1) Um den Taubstummen den Zugang zum öffentlichen Fernsprechdienst über

das Telefonnetz zu sichern, vergibt der Landessausschuß an taubstumme Bürger, die in Südtirol ihren Wohnsitz haben, Zuschüsse für den Ankauf von Schreibtelefonen.

(2) Der Zuschuß kann an die taubstummen Fernsprechteilnehmer oder an Familienangehörige ausgezahlt werden, mit denen der mindestens zwölfjährige Taubstumme im gemeinsamen Haushalt lebt.

(3) Die Vergabe von Zuschüssen an Taubstumme für den Ankauf der für den privaten Gebrauch bestimmten Schreibtelefone wird durch die Gewährung von Zuschüssen für die taubstummengerechte Ausstattung des Arbeitsplatzes im Sinne von Artikel 11 des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, nicht ausgeschlossen.

(4) Der zulässige Höchstbetrag der Ausgabe wird durch Beschluß des Landesausschusses festgelegt und periodisch angepaßt.

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato all'unanimitá.

Art. 14

(1) All'art. 18, secondo comma, della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, è aggiunto il seguente periodo: "Le relative spese sono autorizzate ed impegnate con ordinanza dell'assessore provinciale competente in materia."

(1) Dem Art. 18 Absatz 2 des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, ist folgender Satz angefügt: "Die entsprechenden Ausgaben werden durch Verordnung des zuständigen Landesrates bewilligt und zweckgebunden."

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato all'unanimitá.

Art. 15

(1) All'ultimo periodo del secondo comma dell'art. 19 della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, sono aggiunte le seguenti parole: "ed in quelle dei centri sociali".

(1) In Art. 19 Absatz 2 letzter Satz des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, sind nach den Worten: "die grundlegenden Probleme der Behinderten in der Schule und in den Erziehungseinrichtungen" die Worte: "sowie in den Einrichtungen der Behindertenzentren" eingefügt.

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato all'unanimitá.

Signori consiglieri, sospendo la seduta per un'ora. Riprenderemo i lavori alle ore 11.15.

ORE 10.17 UHR

ORE 11.25 UHR

PRESIDENTE: Riprendiamo la seduta.

Art. 16

(1) Nel primo comma dell'art. 20 della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, le parole "nei convitti e nelle strutture dei centri sociali" sono sostituite dalle parole "nei servizi e nelle attività di cui alla presente legge".

(2) Al secondo comma del medesimo articolo sono aggiunte le seguenti parole: "o dalle strutture scolastiche. Gli assistenti che prestino servizio presso presidi sanitari nei suddetti casi eccezionali usufruiscono durante il turno di vitto gratuito a carico dell'amministrazione provinciale".

(3) Nel quarto comma del medesimo articolo, dopo le parole "assistenza dei soggetti portatori di handicaps" sono stralciate le parole "minorenni o".

(4) stralciato.

(5) Al quinto comma del medesimo articolo è aggiunto il seguente periodo: "Nel medesimo regolamento sono stabilite le modalità con le quali il personale educatore, istitutore ed assistente dei centri sociali può essere messo a disposizione di enti ed associazioni pubbliche e private all'uopo convenzionate durante soggiorni fuori sede dalle medesime istituzioni organizzati in collaborazione con i servizi provinciali."

(6) Il settimo comma del medesimo articolo è sostituito dal seguente:

"(7) Gli educatori e gli assistenti, come pure gli istitutori per soggetti portatori di handicaps, devono rispettare un orario settimanale con il medesimo carico orario dei dipendenti provinciali del ruolo amministrativo; all'interno di detto orario lavorativo almeno un ottavo è previsto per consulenza, preparazione, programmazione, formazione ed aggiornamento. Con regolamento di esecuzione sono da stabilire criteri e modalità per il superamento del suddetto limite settimanale da parte di determinate categorie di personale, ovvero di singoli operatori, fermo restando il medesimo carico orario globale."

(1) In Art. 20 Absatz 1 des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, sind die Worte: "in den Heimen und in den Einrichtungen der Behindertenzentren" durch die Worte: "im Rahmen der in diesem Gesetz vorgesehenen Dienste und Tätigkeiten", ersetzt.

(2) In Absatz 2 desselben Artikels sind nach den Worten: "in den Krankenhäusern, in denen die von den Behindertenzentren" die Worte: "oder von den Einrichtungen der Schule" eingefügt. Diesem Absatz ist weiters folgender Satz angefügt: "Den Betreuern, die in den genannten besonderen Fällen in den Krankenhäusern Dienst leisten, wird während ihres Turnusdienstes freie Verpflegung zu Lasten der Landesverwaltung gewährt."

(3) In Absatz 4 desselben Artikels sind die Worte: "oder für die Betreuung minderjähriger Behinderter oder solcher," durch die Worte: "oder für die Be-

treuung Behinderter," ersetzt.

(4) Dem Absatz 5 desselben Artikels ist folgender Satz angefügt: "Durch dieselbe Durchführungsverordnung ist das Verfahren näher zu regeln, durch welches öffentlichen und privaten Körperschaften, Anstalten und Einrichtungen, mit denen für diese Zwecke Vereinbarungen abgeschlossen wurden, während der von diesen Institutionen in Zusammenarbeit mit den Landesdiensten veranstalteten Ferienaufenthalte Heimerzieher, Werkerzieher und Betreuer der Behindertenzentren zur Verfügung gestellt werden können."

(5) Absatz 7 desselben Artikels erhält folgende Fassung:

"(7) Die Heimerzieher und die Betreuer sowie die Werkerzieher haben einen Wochenstundenplan einzuhalten, der die gleiche Wochenstundenzahl aufweist wie der für Landesbedienstete des Verwaltungsstellenplanes geltende Stundenplan; innerhalb dieses Stundenplanes ist wenigstens ein Achtel für Beratung, Vorbereitungsarbeiten, Programmefstellung sowie Aus- und Fortbildung zu verwenden. Mit Durchführungsverordnung sind Richtlinien und nähere Bestimmungen über die Voraussetzungen festzulegen, unter denen bestimmte Kategorien von Bediensteten oder einzelne Bedienstete zur Überschreitung der genannten Grenze berechtigt sind; die Gesamtzahl der Wochenstunden wird dadurch nicht berührt."

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato a maggioranza con 1 astensione.

Art. 17

(1) All'art. 21, quinto comma, della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, dopo il primo periodo è inserito il seguente: "Per particolari necessità da indicare nel piano di attività di cui all'art. 18 possono essere conferiti incarichi secondo l'ordine delle graduatorie di cui al precedente quarto comma anche per orari di servizio ridotto."

(1) In Art. 21 Absatz 5 des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, ist nach Satz 1 folgender Satz eingefügt: "In besonderen Bedarfsfällen, die entsprechend im Jahresplan laut Art. 18 auszuweisen sind, können in der von der Rangordnung laut Absatz 4 angegebenen Reihenfolge auch Aufträge mit gekürztem Stundenplan erteilt werden."

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato all'unanimità.

Art. 17/bis

(1) Nel quarto comma dell'art. 23 della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, dopo le parole "di cui alla tabella B allegata alla presente legge" sono aggiunte le parole "nonchè incaricato ai sensi del quinto comma dell'art. 10 della presente legge".

(1) In Artikel 23 Absatz 4 des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, sind

nach den Worten: "laut Anlage B" die Worte: "sowie das gemäß Art. 10 Absatz 5 beauftragte Personal" eingefügt.

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato all'unanimità.

Art. 18

(1) Al primo comma dell'art. 25 della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, sono aggiunte le seguenti parole "e del personale del ruolo amministrativo."

(1) Dem Art. 25 Absatz 1 des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, sind folgende Worte angefügt: "sowie von den Bediensteten des Verwaltungsstellenplanes."

Sospendo la seduta per 5 minuti.

PRESIDENTE: La seduta riprende.
Chi chiede la parola sull'art. 18? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato all'unanimità.

Art. 19

(1) Dopo l'art. 25 della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, è inserito il seguente articolo:

Art. 25/bis

Educatori ed assistenti nei centri sociali

(1) I compiti degli educatori e degli assistenti operanti nelle strutture organizzative di cui al precedente art. 23 sono individuati nel precedente art. 20.

(1) Nach Art. 25 des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, ist folgender Artikel eingefügt:

Art. 25/bis

Heimerzieher und Betreuer in den Behindertenzentren

(1) Die Aufgaben der in den Organisationseinheiten laut Art. 23 tätigen Heimerzieher und Betreuer sind in Art. 20 festgelegt.

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato all'unanimità.

Art. 20

(1) Dopo l'art. 25/bis della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, è inserito il seguente articolo:

Art. 25/ter

Istitutori

(1) Gli istitutori per soggetti portatori di handicaps operano prevalentemente nei laboratori protetti dei centri sociali. Gli istitutori attendono alle attività formative, occupazionali ed educative dei soggetti portatori di handicaps nei laboratori protetti, attuano interventi per il loro inserimento nel mondo del lavoro, nonché interventi in attività integrative. Essi possono inoltre operare in servizi ospitativi e di tempo libero nei casi e nei modi da prevedersi con regolamento di esecuzione.

(2) Per gli istitutori valgono, in quanto applicabili, le disposizioni previste dalla presente legge per gli educatori e gli assistenti per soggetti portatori di handicaps.

(1) Nach Art. 25/bis des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, ist folgender Artikel eingefügt:

Art. 25/ter

Werkerzieher

(1) Die Werkerzieher arbeiten vorwiegend in den Behindertenwerkstätten der Behindertenzentren. Sie sorgen für die Ausbildung, die Beschäftigung und die Erziehung der Behinderten in den Werkstätten, treffen Maßnahmen zur Eingliederung der Behinderten in die Arbeitswelt und führen ergänzende Tätigkeiten durch. Sie können außerdem in Beherbergungsstätten und in Einrichtungen für die Freizeitgestaltung in den Fällen und in der Art und Weise arbeiten, die mit Durchführungsverordnung vorzusehen sind.

(2) Sofern anwendbar, gelten für die Werkerzieher die Bestimmungen dieses Gesetzes über die Heimerzieher und die Betreuer.

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato all'unanimità.

Art. 20/bis

(1) Dopo l'art. 25/ter della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, è inserito il seguente articolo:

Art. 25/quarter

(1) Gli istitutori laureati per soggetti portatori di handicaps cadiuvano in primo luogo il responsabile del centro sociale nella direzione didattico-pedagogica e nella consulenza psico-pedagogica del personale, nonché nell'organizzazione e nel coordinamento degli interventi socio-sanitari di servizi esterni. I compiti degli istitutori laureati verranno dettagliatamente stabiliti con regolamento di esecuzione.

(1) Nach Art. 25/ter des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, ist folgender Artikel angefügt:

Art. 25/quarter

(1) Die Behindertenbetreuer mit akademischem Grad unterstützen den Verantwortlichen des Behindertenzentrums in erster Linie bei der schu

lisch-pädagogischen Führung und bei der psychopädagogischen Beratung des Personals sowie bei der Organisierung und Koordinierung der sozialen und gesundheitlichen Maßnahmen, die durch andere Dienste getroffen werden. Die Aufgaben der Behindertenbetreuer mit akademischem Grad werden im einzelnen mit Durchführungsverordnung festgelegt.

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato all'unanimità.

Art. 21

(1) Al primo comma dell'art. 28 della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, e successive modifiche ed integrazioni, sono apportate le seguenti modifiche:

- 1) nella lettera a) le parole "5 pedagogisti" sono sostituite dalle parole "9 pedagogisti";
- 2) la lettera d) è sostituita dalla seguente:
"d) 1 coordinatore tecnico, in possesso del diploma di scuola superiore";
- 3) nella lettera e) le parole "6 educatori" sono sostituite dalle parole "8 educatori";
- 4) la lettera f) è abrogata;
- 5) la lettera g) è sostituita dalla seguente:
"g) 2 istitutori per soggetti portatori di handicaps: licenza di scuola media inferiore e titolo di specializzazione di cui alla precedente lettera e) ed inoltre titolo di maestro artigiano o attestato di idoneità professionale con successiva attività professionale almeno quinquennale nel settore dell'artigianato o dell'industria o, qualora le norme vigenti non prevedano per specifiche attività il rilascio di detto attestato, esercizio almeno quinquennale della attività medesima; l'idoneità professionale può essere comprovata dal possesso del diploma o attestato conseguito al termine della frequenza di 3 o 5 anni di scuola d'arte, dell'istituto tecnico femminile, o dopo la frequenza dell'istituto professionale per l'industria e artigianato o di corsi di formazione professionale a tempo pieno di 3 o 2 anni del settore artigianato, industria, agricoltura ed economia domestica. Ai fini del computo dell'attività professionale di cui sopra possono venire valutati anche i servizi prestati presso strutture provinciali".

(2) Il secondo comma del medesimo articolo è sostituito dal seguente:

"(2) Qualora i titolari dei posti in organico di cui alle lettere a) e b) del primo comma del presente articolo siano operanti fuori delle strutture organizzative di cui all'art. 23 della presente legge, ai sensi dell'art. 25, ovvero svolgono funzioni di responsabile di un centro sociale, i relativi posti possono essere coperti, limitatamente al periodo di svolgimento delle suddette funzioni, da personale supplente in

possesso dei requisiti richiesti per la qualifica."

(3) Il terzo, quarto e quinto comma del medesimo articolo sono sostituiti dai seguenti:

"(3) Nel decreto del Presidente della Giunta provinciale con il quale, previa deliberazione della Giunta stessa, viene istituito un centro sociale, sono fissati la qualifica funzionale e la dotazione organica del personale di cui alle tabelle B, CI, CII e CIII, allegate alla presente legge, da assegnarsi al centro stesso, sentita la consulta provinciale di cui all'art. 5.

(4) Nei centri sociali operano équipes formate da personale educativo-assistenziale operante nei centri, affiancato dagli operatori di cui alle lettere a) e b) del primo comma del presente articolo.

(5) Per lo svolgimento dei compiti di cui alla presente legge può essere disposta l'assegnazione ai centri sociali di non più di 28 impiegati della VI o IV qualifica funzionale, con corrispondente ampliamento dei posti in organico del ruolo amministrativo del personale provinciale, per le rispettive qualifiche."

(4) Dopo il quinto comma del medesimo articolo è inserito il seguente:

"(5/bis) Per lo svolgimento dei lavori di manutenzione e pulizia e per servizi di cucina, guardaroba, custodia ed altri necessari nelle strutture dei centri sociali per soggetti portatori di handicaps gestiti dalla Provincia, qualora la dotazione organica del personale di ruolo non sia sufficiente, l'ufficio Affari amministrativi può venire autorizzato a provvedervi ai sensi del quinto comma del precedente art. 10."

(5) Il sesto comma del medesimo articolo è sostituito dal seguente:

"(6) Ad ogni centro sociale è preposto un responsabile scelto dall'assessore provinciale competente, sentita la consulta provinciale di cui all'art. 5, tra il personale di ruolo addetto alle relative strutture organizzative di cui all'art. 23, in possesso di laurea in pedagogia, psicologia o sociologia. In mancanza di persona idonea in possesso del suddetto titolo, potrà essere preso in considerazione personale di ruolo in possesso di diploma di maturità di una scuola media di secondo grado di durata quinquennale con specializzazione in un corso almeno biennale in una disciplina nel settore educativo-sociale ed attività almeno quinquennale in servizi sociali, educativi o della formazione professionale."

(6) Dopo il sesto comma del medesimo articolo sono aggiunti i seguenti:

"(6/bis) I responsabili dei centri sociali esercitano le attività previste dalla presente legge. In particolare essi svolgono i compiti riportati nell'apposito allegato e quelli che verranno loro attribuiti con regolamento di esecuzione. Ai responsabili è attribuita, con decorrenza 1. gennaio 1988 e per la durata dell'espletamento delle relative funzioni, un'indennità di funzione corrispondente al 90% dell'indennità di dirigenza di un direttore d'ufficio incaricato. Per quanto non previsto dal presente articolo si applicano alle suddette indennità di funzione le norme di cui agli articoli 47 e 85 della legge provinciale 21 maggio

1981, n. 11, e successive modifiche ed integrazioni. Ad essi spetta inoltre una maggiorazione del compenso incentivante nella misura prevista dalle vigenti disposizioni per i direttori di scuole materne.

(6/ter) Per ogni struttura dei centri sociali è nominato fra il personale di ruolo ovvero, in mancanza del medesimo, anche fra quello incaricato, un conduttore con funzioni amministrative ed organizzative nell'ambito della struttura stessa da stabilirsi con regolamento di esecuzione alla presente legge in aggiunta ai normali compiti di istituto. Per i fini di cui al presente articolo si intende come struttura del centro sociale un edificio o parte di esso ospitante una o più attività gestite dal centro sociale - come laboratori protetti, convitti ed altri - con una o più sezioni delle medesime attività. Il conduttore viene nominato dal competente responsabile del centro e dura in carica di regola per un anno di attività, salvo tacita proroga. La nomina può essere revocata in qualsiasi momento. Il servizio del conduttore presso una struttura dei centri sociali viene remunerato in forma di indennità il cui ammontare viene determinato con delibera della Giunta provinciale. Esso è stabilito caso per caso e non può comunque superare la misura massima di 20 ore mensili di straordinario."

(6/quarter) Su proposta del direttore dell'ufficio educativo-formativo-lavorativo il direttore della ripartizione VIII può disporre che personale di ruolo o incaricato in servizio presso le strutture e servizi dei centri sociali venga distaccato dalle strutture cui era stata assegnato al fine di essere adibito a compiti attribuiti a tale ufficio. Il distacco ha luogo a tempo determinato con limite massimo alla scadenza dell'anno di attività durante il quale esso viene disposto, salvo rinnovo con le medesime modalità."

(1) Art. 28 Absatz 1 des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, in geltender Fassung, ist wie folgt abgeändert:

- 1) Buchstabe a): die Worte "5 Pädagogen" sind durch die Worte "9 Pädagogen" ersetzt;
- 2) Buchstabe d): erhält folgende Fassung:
"d) 1 Fachkoordinator, der das Abschlußzeugnis einer Oberschule haben muß";
- 3) Buchstabe e): die Worte "6 Erzieher" sind durch die Worte "8 Heimerzieher" ersetzt;
- 4) Buchstabe f) ist abgeschafft;
- 5) Buchstabe g) erhält folgende Fassung:
"g) 2 Werkerzieher, die das Abschlußzeugnis der Mittelschule und die Spezialisierung laut Buchstabe e) und einen Meisterbrief haben oder die Bescheinigung über die berufliche Eignung und wenigstens fünfjährige Berufserfahrung in den Bereichen Handwerk, Gewerbe oder Industrie oder, falls für ein Handwerk gesetzlich keine solche Bescheinigung vorgesehen ist, wenigstens fünfjährige Berufserfahrung in der Tätigkeit selbst; die berufliche Eignung kann

durch ein Diplom oder eine Bescheinigung nachgewiesen werden, die nach drei- oder fünfjährigem Besuch der Kunstschule, nach dem Besuch der Frauenoberschule, nach dem Besuch der Fachlehranstalt für Industrie und Handwerk oder nach drei- oder zweijährigem Besuch eines geschlossenen Lehrganges für die Berufsausbildung in den Bereichen Handwerk, Industrie, Landwirtschaft und Haushaltung erlangt werden."

- (2) Absatz 2 desselben Artikels ist durch den folgenden ersetzt:

"(2) Sind Bedienstete der unter Absatz 1 Buchstaben a) und b) genannten Kategorie, die Inhaber einer Planstelle sind, im Sinne des Art. 25 außerhalb der Organisationseinheiten laut Art. 23 tätig, oder nehmen sie die Aufgaben und Befugnisse eines Verantwortlichen eines Behindertenzentrums wahr, so können die entsprechenden Planstellen - für den Zeitraum, in dem die obgenannten Aufgaben und Befugnisse wahrgenommen werden - von Ersatzpersonen besetzt werden, die im Besitz der für diesen Rang erforderlichen Voraussetzungen sind."

- (3) Die Absätze 3, 4 und 5 desselben Artikels erhalten folgende Fassung:

"(3) Im Dekret des Landeshauptmanns, durch das auf Grund eines entsprechenden Beschlusses des Landesausschusses ein Behindertenzentrum errichtet wird, werden die Funktionsebenen und das Plansoll des Personals gemäß den Anlagen B, CI, CII und CIII zu diesem Gesetz festgelegt, das dem Zentrum zuzuweisen ist; dazu ist der Landesbeirat laut Art. 5 anzuhören.

(4) In den Behindertenzentren werden Arbeitsgruppen eingesetzt, die aus dem in den Zentren tätigen Erziehungs- und Betreuungspersonal gebildet werden; die Arbeitsgruppen werden von den Bediensteten der in Absatz 1 Buchstaben a) und b) genannten Kategorien unterstützt.

(5) Den Behindertenzentren können zur Besorgung der Aufgaben laut diesem Gesetz höchstens 28 Beamte der VI. oder IV. Funktionsebene zugewiesen werden; im Verwaltungsstellenplan der Landesbediensteten wird die Zahl der Planstellen für die jeweiligen Funktionsebenen entsprechend erhöht."

- (4) Nach Absatz 5 desselben Artikels ist folgender Absatz angefügt:

"(5/bis) Das Amt für Verwaltung kann, sofern der Stellenplan nicht genügend Planstellen ausweist, ermächtigt werden, für Instandhaltungs- und Reinigungsarbeiten sowie für Dienstleistungen in der Küche und beim Wäschedienst, für Hauswartsdienste und zur Besorgung anderer Facharbeiten, die in den vom Land geführten Einrichtungen der Behindertenzentren notwendig sind, Maßnahmen gemäß Art. 10 Absatz 5 zu treffen."

- (5) Absatz 6 desselben Artikels erhält folgende Fassung:

"(6) Jedem Behindertenzentrum ist als Leiter ein Verantwortlicher zugeteilt, der vom zuständigen Landesrat - nach Anhören des Landesbeirates laut Art. 5 - unter den im Stellenplan eingestuftten und den Organisationseinheiten laut Art. 23 zugewiesenen Bediensteten ausgewählt wird, die das Doktorat in Pädagogik, Psychologie oder Soziologie haben. Sind keine geeigneten Personen vorhanden, die im Besitz der genannten Titel sind, so kann der Verantwortliche aus jenen im Stellenplan eingestuftten Bediensteten ausgewählt werden, die den Abschluß einer fünfjährigen Se-

kundarschule zweiten Grades sowie eine in einem mindestens zweijährigen Kurs erworbene Spezialisierung in einem Fach auf sozial-erzieherischem Gebiet besitzen und wenigstens fünf Jahre lang bei Sozial- und Erziehungseinrichtungen oder bei der Berufsausbildung Dienst geleistet haben."

(6) Nach Absatz 6 desselben Artikels sind folgende Absätze eingefügt:

"(6/bis) Die Verantwortlichen der Behindertenzentren üben die in diesem Gesetz vorgesehenen Tätigkeiten aus. Im einzelnen besorgen sie die in der entsprechenden Anlage zu diesem Gesetz verzeichneten Aufgaben sowie jene Aufgaben, die ihnen mit Durchführungsverordnung zugeteilt werden. Den Verantwortlichen steht, mit Wirkung vom 1. Jänner 1988 und für die Zeit der Wahrnehmung ihrer Aufgaben, eine Amtsentschädigung zu, die 90% der Direktionszulage eines beauftragten Amtsdirektors entspricht. Die Artikel 47 und 85 des Landesgesetzes Nr. 11 vom 21. Mai 1981, in geltender Fassung, sind auch auf diese Entschädigungen anzuwenden. Den Verantwortlichen steht zudem - in dem Ausmaß, wie es für die Kindergartendirektoren auf Grund der einschlägigen Bestimmungen vorgesehen ist - eine Erhöhung der Förderungszulage zu.

(6/ter) Für jede Einrichtung der Behindertenzentren wird aus den Reihen des in die Stellenpläne eingestuftten Personals oder - falls ein solches nicht verfügbar ist - auch aus den Reihen der beauftragten Bediensteten ein Leiter ernannt, der Verwaltungsaufgaben und Aufgaben organisatorischer Art wahrnimmt; die genannten Aufgaben, die zusätzlich zu den berufsüblichen Aufgaben auszuführen sind, werden mit Durchführungsverordnung zu diesem Gesetz festgelegt. Als Einrichtung eines Behindertenzentrums im Sinne dieses Artikels gelten Gebäude oder Teile von Gebäuden, die eine oder mehrere vom Behindertenzentrum geführte Dienste - wie Behindertenwerkstätten, Heime und andere Arten der Betreuung - beherbergen, wobei ein Dienst auch in mehrere Sektionen gegliedert sein kann. Der Leiter wird in der Regel für ein Arbeitsjahr vom zuständigen Verantwortlichen des Behindertenzentrums ernannt; eine stillschweigende Verlängerung ist zulässig. Ein Widerruf der Ernennung ist jederzeit möglich. Dem Leiter steht für die Besorgung seiner Aufgaben in einer Einrichtung der Behindertenzentren ein Entgelt zu, dessen Höhe mit Beschluß des Landesauschusses bestimmt wird. Die Vergütung ist für jeden Einzelfall festzusetzen und darf keinesfalls höher sein als die Vergütung für die Ableistung von monatlich 20 Überstunden."

(6/quarter) Der Direktor der Abteilung VIII kann - auf Vorschlag des Direktors des Amtes für Erziehung, Bildung und Arbeit - anordnen, daß im Stellenplan eingestufte oder beauftragte Bedienstete, die in den Einrichtungen und Diensten der Behindertenzentren tätig sind, von den Einrichtungen, denen sie zugewiesen wurden, abgestellt und zur Besorgung von Aufgaben eingesetzt werden, die dem genannten Amt zugeteilt sind. Die Abstellung erfolgt auf begrenzte Zeit und dauert - vorbehaltlich ihrer Erneuerung, die nach demselben Verfahren vorzunehmen ist - höchstens bis zum Ablauf des Arbeitsjahres, in dem sie verfügt wird."

E' stato presentato un emendamento dall'assessore Saurer e dal consigliere Frasnelli, che dice: "All'art. 21, primo comma, lettera g), dopo le parole "ed economia domestica", é stralciato l'ultimo periodo."

Im Art. 21 Absatz 1 Buchstabe g), ist nach den Worten "erlangt werden" der letzte Satz gestrichen."

Chi chiede la parola? Consigliere Klotz.

KLOTZ (SHB): Herr Landesrat! Es wird hier ein Zusatz gestrichen, was eine weitere kleine Einschränkung dieser Maßnahmen bedeutet. Ich bitte Sie um Erläuterung darüber, warum es Ihres Erachtens notwendig ist, diesen Satz herauszunehmen und damit das ganze nocheinmal einzuschränken; ob man genügend ausgebildetes Personal hat, ob man die Leute mit dieser Berufserfahrung nicht mehr nötig hat, oder ob es Einwände aus Rom sind, die dazu führen. Warum wird das gestrichen?

SAURER (Landesrat für Sozial- und Gesundheitswesen - SVP): Wir haben ursprünglich gemeint, den Dienst beim Land als Berufserfahrung nicht berücksichtigen zu können, wir sind aber aufmerksam gemacht worden von den Verantwortlichen der Zentren, daß der Dienst beim Land ja ein sehr differenzierter sein kann und sie, wenn jemand z.B. in irgendeinem Bereich des Landes arbeitet, der mit dem Berufstitel der da gefordert ist überhaupt nichts zu tun hat, dann ist das keine Voraussetzung, daß er den Landesdienst anerkennt bekommt.

Infolgedessen sind wir der Meinung, daß wir in den Behindertenzentren vor allem Leute brauchen, die handwerklich ausgebildet sind - und da sind die Voraussetzungen angeführt -, aber nicht, daß der Landesdienst global schon eine Voraussetzung ist, als Behindertenbetreuer oder als Behindertenerzieher wirken zu können. Infolgedessen haben wir jetzt diesen Vorstellungen unserer Verantwortlichen Rechnung getragen, weil es effektiv so ist. Die Landesverwaltung ist ja sehr breit angelegt und nicht jeder, der im Land Dienst leistet, hat die Voraussetzungen, dort einzusteigen.

PRESIDENTE: Qualcun altro chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'emendamento: approvato all'unanimità.

Chi chiede la parola sull'articolo? Nessuno. Lo pongo in votazione: approvato a maggioranza con 3 astensioni.

Art. 22

(1) Nell'art. 30, primo comma, della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, dopo le parole "operante nei centri sociali" è inserito il seguente periodo: "Nel suddetto piano può essere previsto, per ogni centro sociale, un fabbisogno standard di personale da utilizzare esclusivamente, anche solo per brevi periodi, per attività sostitutive ed integrative, come: assistenza a domicilio ed in ospedale, inserimento lavorativo, soggiorni fuori sede ed

altre da prevedersi nel piano annuale di attività dei centri medesimi".

(1) In Art. 30 Absatz 1 des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, ist nach den Worten "die den Behindertenzentren zuzuteilen sind" folgender Satz eingefügt: "In diesem Plan kann für jedes Behindertenzentrum ein Bedarf an Personal festgelegt werden, das ausschließlich - auch nur für kurze Zeiträume - für ersetzende und ergänzende Tätigkeiten eingesetzt wird, wie: Betreuung am Wohnort und im Krankenhaus, Arbeitseingliederung, Aufenthalte außerhalb des Zentrums und andere im Jahresplan der Zentren auszuweisende Dienstleistungen."

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo l'articolo in votazione: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 22/bis

(1) All'art. 31 della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, è aggiunto il seguente comma:

"(3) Il conferimento di supplenza ai sensi dei commi precedenti può essere disposto, in quanto indispensabile per garantire la necessaria continuità dei servizi, anche in caso di assenza per congedo ordinario del personale addetto alle strutture."

(1) Dem Art. 31 des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, ist folgender Absatz angefügt:

"(3) Soweit es für die Aufrechterhaltung des ordnungsgemäßen Betriebes der Dienste notwendig ist, können Ersatz Einstellungen gemäß den vorhergehenden Absätzen auch für den Fall verfügt werden, daß das Einsatzpersonal in den Einrichtungen auf Grund eines ordentlichen Urlaubs abwesend ist."

Chi chiede la parola? Consigliere Langer.

LANGER (AS): Vielen Dank, Herr Präsident! Auch hier, auch zu diesem Artikel geht es darum, daß ich mehr auf das hinweisen muß, was nicht mehr im Gesetz ist, als zu dem sprechen, was geblieben ist. Es war nämlich in diesem Art. 23 ein Absatz bis zur letzten Fassung des Gesetzes, wo vorgesehen war, daß praktisch ein sabbatisches Halbjahr, könnten wir sagen, vorgesehen war. Das heißt, alle 7 Dienstjahre, in denen die Leute als Behindertenbetreuer im direkten Kontakt mit Behinderten beschäftigt sind, bekommen sie 6 Monate Urlaub für Fortbildung und - sagen wir ruhig auch - um sich zu regenerieren. Wir haben versucht, uns der Herausstreichung dieses Absatzes zu widersetzen und ich sage deswegen auch gleich, daß wir gegen diesen Artikel stimmen werden, nicht sosehr aufgrund von dem, was im Artikel geblieben ist, sondern vor allem aufgrund dessen, was im Artikel jetzt fehlt. Danke.

PRESIDENTE: Qualcun altro chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato a maggioranza con 2 voti contrari e 2 astensioni.

Art. 23

(1) Il primo comma dell'art. 32 della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, è sostituito dai seguenti:

"(1) Al personale addetto ai centri sociali operante a diretto contatto con gli assistiti in servizio di turno spetta un'indennità per servizio di turno notturno e festivo in misura pari a quella prevista dall'accordo nazionale unico per il corrispondente personale delle unità sanitarie locali. I corrispondenti riposi e recuperi avvengono in ragione di un'ora per ogni ora di lavoro effettuata.

(1/bis) Al personale addetto ai centri sociali operante a diretto contatto con gli assistiti può essere chiesto, dal competente responsabile del centro, di prestare servizio di pronta disponibilità, dietro corresponsione di un'apposita indennità in misura pari a quella prevista dall'accordo nazionale unico per il corrispondente personale delle unità sanitarie locali. I relativi importi saranno rapportati al numero di ore effettivamente rese in disponibilità."

(2) All'art. 32 della medesima legge provinciale sono aggiunti i seguenti commi:

"(4) Al personale addetto ai centri sociali operante a diretto contatto con gli assistiti l'amministrazione provinciale fornisce gratuitamente il necessario corredo.

(5) I precedenti commi trovano applicazione anche nei confronti degli educatori e degli assistenti addetti al settore scolastico e formativo effettivamente impiegati nei casi previsti dal quarto comma del precedente art. 20."

(1) Art. 32 Absatz 1 des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, ist durch folgende Absätze ersetzt:

"(1) Das Personal der Behindertenzentren, das direkt mit den Betreuten arbeitet und in Turnussen tätig ist, hat für den Turnusdienst, den es während der Nacht und an Sonn- und Feiertagen leistet, Anspruch auf eine Zulage entsprechend den Beträgen, wie sie für das entsprechende Personal der Sanitätseinheiten in dem auf Staatsebene geltenden Einheitsvertrag festgelegt sind. Die entsprechenden Ruhetage und Zeitausgleiche stehen im Verhältnis von einer Stunde für jede geleistete Arbeitsstunde zu.

(1/bis) Das Personal der Behindertenzentren, das direkt mit den Betreuten arbeitet, kann vom zuständigen Verantwortlichen dazu angehalten werden, Bereitschaftsdienst zu leisten; in diesen Fällen wird eine eigene Zulage entsprechend dem Betrag ausgezahlt, wie er für das entsprechende Personal der Sanitätseinheiten in dem auf Staatsebene geltenden Einheitsvertrag festgelegt ist. Dieser Betrag wird im Verhältnis zu den tatsächlich in Bereitschaft verbrachten Stunden ausgezahlt."

(2) Dem Art. 32 desselben Landesgesetzes sind folgende Absätze angefügt:

"(4) Dem Personal der Behindertenzentren, das direkt mit den Betreuten arbeitet, stellt die Landesverwaltung unentgeltlich die nötige Arbeitskleidung zur Verfügung.

(5) Die Bestimmungen der vorhergehenden Absätze werden auch auf die den Schul- und Berufsausbildungseinrichtungen zugeteilten Erzieher und Betreuer bei ihrem Einsatz in den laut Art. 20 Absatz 4 vorgesehenen Fällen angewandt."

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato a maggioranza con 3 astensioni.

Art. 24

(1) L'art. 33 della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, è sostituito dal seguente:

"(1) Fermo restando quanto previsto dai precedenti articoli 9, primo comma, lettera g), e 10, secondo comma, ultimo periodo, l'ufficio affari amministrativi, di cui all'art. 23, provvede all'assicurazione del personale addetto ai centri sociali per la responsabilità civile in conseguenza di infortuni o danni che possono subire o arrecare gli assistiti durante la loro permanenza nei vari centri sociali, all'assicurazione dell'amministrazione stessa nei confronti del personale dipendente (responsabilità civile operatori, rischi di committenza) ed all'assicurazione contro gli infortuni di tutti gli assistiti.

(2) L'ufficio stipendi provvede all'assicurazione contro gli infortuni sul lavoro e le malattie professionali del personale per il quale è previsto tale obbligo di assicurazione dalle leggi vigenti in materia."

(1) Art. 33 des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, erhält folgende Fassung:

"(1) Unbeschadet der Bestimmungen laut Art. 9 Absatz 1 Buchstabe g) und Art. 10 Absatz 2 letzter Satz, schließt das Amt für Verwaltung laut Art. 23 für das Personal der Behindertenzentren eine Haftpflichtversicherung für den Fall ab, daß die Betreuten während ihres Aufenthaltes in den verschiedenen Einrichtungen der Behindertenzentren Unfälle oder Schäden erleiden oder verursachen; weiters versichert es die Verwaltung selbst gegenüber den Bediensteten (Haftpflichtversicherung gegenüber Arbeitnehmern, Risiken, die sich aus der Stellung als Auftraggeber ergeben) und schließt zugunsten aller Betreuten eine Unfallversicherung ab.

(2) Das Gehaltsamt versichert alle Bediensteten, für die von den einschlägigen Rechtsvorschriften eine Versicherungspflicht vorgesehen ist, gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten."

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 25

(1) Il secondo comma dell'art. 35 della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, è sostituito dal seguente:

"(2) Il competente assessore provinciale può autorizzare la presenza attiva nelle strutture e nei servizi dei centri sociali di personale volontario. I volontari devono seguire le istruzioni loro impartite dai responsabili, possono fruire di vitto e se del caso di alloggio gratuito, ove necessario per esigenze di servizio, nonchè percepire le eventuali provvidenze e rimborsi previsti dalle vigenti norme in materia di volontariato sociale. Il personale volontario deve essere assicurato ai sensi del precedente art. 33."

(1) Art. 35 Absatz 2 des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, erhält folgende Fassung:

"(2) Der zuständige Landesrat kann erlauben, daß Personen als freiwillige Helfer in den Einrichtungen und Diensten der Behindertenzentren mitarbeiten. Die freiwilligen Helfer müssen die Weisungen der Verantwortlichen befolgen; sie erhalten, wenn dies aus dienstlichen Gründen notwendig ist, freie Verpflegung und gegebenenfalls auch Unterkunft; zudem stehen ihnen die Vorkehrungen und Vergütungen zu, welche in den einschlägigen Rechtsvorschriften über den Freiwilligendienst auf dem Gebiet der Sozialfürsorge vorgesehen sind. Die freiwilligen Helfer müssen gemäß Art. 33 versichert werden."

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato a maggioranza con 3 astensioni.

Art. 26

(1) Nel secondo comma dell'art. 36 della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, l'ultimo periodo è sostituito dal seguente: "I tirocinanti devono essere assicurati ai sensi del precedente art. 33."

(2) Dopo il terzo comma del medesimo articolo è aggiunto il seguente comma:

"(4) Ai tirocinanti viene concesso, a richiesta, oltre al trattamento di cui ai commi precedenti, un assegno da liquidarsi mensilmente. L'ammontare della quota mensile e la procedura per il pagamento dell'assegno verranno stabiliti con decreto del Presidente della Giunta provinciale, previa deliberazione della Giunta stessa. Nel caso di periodi di impiego inferiori ad un mese il suddetto assegno è corrisposto in misura proporzionalmente ridotta. Dalla corresponsione dell'assegno sono esclusi i tirocinanti già dipendenti di enti pubblici."

(1) Art. 36 Absatz 2 letzter Satz des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, erhält folgende Fassung: "Die Praktikanten müssen gemäß Art. 33 versichert werden."

(2) Nach Absatz 3 desselben Artikels ist folgender Absatz angefügt:

"(4) Den Praktikanten wird - unbeschadet der vorhergehenden Absätze -

auf Antrag, eine Vergütung gewährt, die monatlich auszuzahlen ist. Die Höhe der Monatsvergütung sowie das Verfahren für die Auszahlung werden mit Dekret des Landeshauptmannes auf Grund eines entsprechenden Beschlusses der Landesregierung festgelegt. Beträgt die Dauer des Praktikums weniger als einen Monat, so wird die Vergütung entsprechend gekürzt. Den Praktikanten, die bereits bei öffentlichen Körperschaften oder Anstalten bedienstet sind, kann keine Vergütung ausgezahlt werden."

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato a maggioranza con 1 astensione.

Art. 27

(1) Nell'ultimo periodo del primo comma dell'art. 48 della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, dopo le parole "sono aumentate" sono inserite le parole "di una unità nella VII qualifica funzionale".

(1) In Art. 48 Absatz 1 letzter Satz des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, sind nach den Worten: "Plansoll des Verwaltungsstellenplans" die Worte: "um eine Stelle in der VII. Funktionsebene," eingefügt.

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato a maggioranza con 1 astensione.

TITOLO II

SOPPRESSIONE DI ORGANI CONSULTIVI - MODIFICHE ED INTEGRAZIONI DI ALTRE LEGGI PROVINCIALI DEL SETTORE SOCIO-SANITARIO

Art. 28

Soppressione del collegio tecnico

(1) L'art. 24 della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, è abrogato ed il collegio tecnico ivi previsto è soppresso.

(2) Le funzioni demandate dalla suddetta legge al soppresso collegio tecnico sono attribuite alla consulta di cui agli articoli 5 e 6 della medesima legge, che le esercita tramite una o più sottocommissioni.

II. TITEL

ABSCHAFFUNG VON BERATUNGSORGANEN - NOVELLIERUNG ANDERER LANDESGESETZE AUF DEM GEBIET DES SOZIAL- UND GESUNDHEITSWESENS

Abschaffung des Fachausschusses

(1) Art. 24 des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, ist aufgehoben, und der in diesem Artikel vorgesehene Fachausschuß ist abgeschafft.

(2) Die vom genannten Gesetz dem abgeschafften Fachausschuß zugewiesenen Aufgaben und Befugnisse sind dem Landesbeirat laut Artikel 5 und 6 dieses Gesetzes übertragen, der sie durch eine oder mehrere Unterkommissionen wahrnimmt.

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: ap-

provato a maggioranza con 1 astensione.

Art. 29

Soppressione della commissione tecnico-consultiva di cui agli articoli 4 e 5 della legge provinciale 17 settembre 1973, n. 59

(1) Gli articoli 4 e 5 della legge provinciale 17 settembre 1973, n. 59, sono abrogati e la commissione tecnico-consultiva ivi prevista è soppressa.

(2) Le funzioni demandate dalla suddetta legge alla commissione tecnico-consultiva sono attribuite alla consulta di cui agli articoli 5 e 6 della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, che le esercita tramite un'apposita sottocommissione.

Abschaffung des technisch-beratenden Landesbeirates laut den Artikeln 4 und 5 des Landesgesetzes Nr. 59 vom 17. September 1973

(1) Die Artikel 4 und 5 des Landesgesetzes Nr. 59 vom 17. September 1973, sind aufgehoben, und der in diesen Artikeln vorgesehene technisch-beratende Landesbeirat ist abgeschafft.

(2) Die vom genannten Gesetz dem abgeschafften technisch-beratenden Landesbeirat zugewiesenen Aufgaben und Befugnisse sind dem Landesbeirat laut den Artikeln 5 und 6 des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, übertragen, der sie durch eine eigene Unterkommission wahrnimmt.

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato a maggioranza con 1 astensione.

Art. 29/bis

(1) Nell'art. 2 della legge provinciale 17 settembre 1973, n. 59, e successive modifiche ed integrazioni, la lettera c) è sostituita dalla seguente:

"c) all'attività di studio e di sensibilizzazione a favore dell'opinione pubblica ed in particolare degli operatori pubblici e privati nel settore dell'assistenza ai soggetti portatori di handicaps. Tale attività può attuarsi tramite programmi ed iniziative interessanti l'assistenza tecnica, la divulgazione e l'attività dimostrativa e ciò anche mediante viaggi di istruzione, corsi, conferenze, convegni, mostre, manifestazioni istruttive, propagandistiche, agonistiche, pubblicazioni, studi e ricerche, nonché mediante la produzione, l'acquisto, il noleggio di documenti fotografici, cinematografici e audiovisivi, di materiale didattico, la rilevazione e la compilazione di dati statistici."

(1) Art. 2 Buchstabe c) des Landesgesetzes Nr. 59 vom 17. September 1973, in geltender Fassung, erhält folgende Fassung:

"c) die Studententätigkeit und die Sensibilisierung der öffentlichen Meinung und insbesondere der Personen, die auf Grund von öffentlichen Dienstverhältnissen und von privaten Arbeitsverhältnissen auf dem Gebiet der Behindertenbetreuung tätig sind. Diese Tätigkeit kann mittels Programmen und Initiativen bezüglich der Betreuungsarbeit, mittels Verbreitungs-

und Vorführtätigkeiten durchgeführt werden, und zwar auch mittels Lehrfahrten, Kursen, Konferenzen, Tagungen, Ausstellungen, Lehr- und Werbeveranstaltungen, Wettbewerben, Veröffentlichungen, Studien und Untersuchungen sowie mittels Herstellung, Ankauf und Miete von Foto- und Filmmaterial sowie audiovisuellem Material, von Lehrmitteln und mittels Erhebung und Auswertung von statistischen Daten."

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Sono stati presentati quattro emendamenti dalla Giunta, sotto forma di articoli. Dò lettura del primo emendamento:

"Art. 29/ter

Aumento della dotazione organica del laboratorio provinciale di igiene e profilassi

(1) Al fine di far fronte alle cresciute esigenze della sezione chimica del laboratorio provinciale di igiene e profilassi istituito con legge provinciale 14 agosto 1963, n. 11, può essere disposta l'assegnazione alla medesima dell'ulteriore personale di seguito specificato:

a) personale tecnico

- 4 unità della VIII qualifica funzionale

- 6 unità della VI qualifica funzionale

con corrispondente ampliamento per le rispettive qualifiche dei posti in organico previsti dalla tabella A allegata alla legge provinciale: "norme sugli organici del personale".

b) personale amministrativo

- 1 unità della VI qualifica funzionale

- 1 unità della IV qualifica funzionale

con corrispondente ampliamento dei posti in organico del ruolo amministrativo del personale provinciale, per le rispettive qualifiche."

"Erhöhung des Plansolls des Landestabors für Hygiene und Prophylaxe

(1) Um den erhöhten Anforderungen an die Chemische Sektion des Landestabors für Hygiene und Prophylaxe, welches mit Landesgesetz Nr. 11 vom 14. August 1963, errichtet worden ist, gerecht zu werden, kann der genannten Sektion zusätzlich folgendes Personal zugewiesen werden:

a) Fachpersonal:

- 4 Stellenplaneinheiten der VIII. Funktionsebene

- 6 Stellenplaneinheiten der VI. Funktionsebene

das Plansoll des Stellenplanes laut Anlage A zum Landesgesetz "Bestimmungen über die Stellenpläne des Personals" ist für die jeweiligen Funktionsebenen entsprechend erhöht.

b) Verwaltungspersonal:

- 1 Stellenplaneinheit der VI. Funktionsebene

- 1 Stellenplaneinheit in der IV. Funktionsebene

das Plansoll des Verwaltungsstellenplanes der Landesbediensteten ist

für die jeweiligen Funktionsebenen entsprechend erhöht."

Chi chiede la parola? La prendo io.

Su questo emendamento, Assessore, riprendo il mio intervento di prima. Quando ho parlato della legge 482, Lei mi ha risposto che si poteva fare quello che si poteva, in quanto lo Stato e la Regione si comportano diversamente dal privato. Questo emendamento dá la possibilità di assumere 10 tecnici e 2 amministrativi. Allora io faccio una calda raccomandazione, di invitare quei direttori o l'Ufficio personale a fare la chiamata di invalidi se hanno questi requisiti, perché qui si evita di fare concorsi, spendere soldi per gli stessi, e così mettere a posto la graduatoria. Le sarei molto grato se facesse tesoro del mio suggerimento.

Qualcun altro chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'emendamento: approvato a maggioranza con 1 astensione.

Dò lettura del secondo emendamento presentato dalla Giunta:

"Art. 29/quarter

Istituzione dell'Ufficio Chimica fisica presso il laboratorio provinciale di igiene e profilassi

(1) Presso il laboratorio provinciale di igiene e profilassi - sezione chimica é istituito l'Ufficio numero, denominato Ufficio Chimica fisica, con i compiti elencati in allegato alla presente legge.

(2) All'Ufficio Chimica fisica é preposto un direttore d'Ufficio nominato ai sensi della legge provinciale 21 maggio 1981, n. 11 e successive modifiche ed integrazioni, in possesso dei titoli di cui alla lettera b) dell'art. 27 della legge provinciale 14 agosto 1963, n. 11."

"Errichtung des Amtes für Physikalische Chemie beim Landeslabor für Hygiene und Prophylaxe

(1) Beim Landeslabor für Hygiene und Prophylaxe - Chemische Sektion ist das Amt Nr. 197 errichtet, welches die Bezeichnung "Amt für Physikalische Chemie" trägt; die Aufgaben dieses Amtes sind in der Anlage zu diesem Gesetz verzeichnet.

(2) Das Amt für Physikalische Chemie wird von einem Amtsdirektor geleitet, der gemäß dem Landesgesetz Nr. vom 21. Mai 1981, in geltender Fassung, ernannt wird; er muß dazu die Titel (laut Artikel 27 Buchstabe b) des Landesgesetzes Nr. 11 vom 14. August 1963 haben."

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'emendamento: approvato all'unanimità.

Dò lettura del terzo emendamento presentato dalla Giunta:

"Art. 29/quinqüies

Assunzione di lavoratori iscritti nelle liste di collocamento e di mobilità, nel servizio sanitario provinciale

(1) In deroga all'art. 31 della legge provinciale 28 giugno 1983, n. 19, la

commissione d'esame di selezione per l'assunzione diretta è composta ai sensi dell'art. 44 del D.P.R. 17 settembre 1987, n. 494, ed è integrata da un rappresentante dell'Amministrazione provinciale, designato dalla Giunta provinciale. La composizione della commissione deve adeguarsi alla consistenza dei gruppi linguistici, nei comuni nell'ambito dell'Unità Sanitaria Locale, secondo i dati dell'ultimo censimento ufficiale della popolazione."

"Aufnahme in den Dienst seitens des Landesgesundheitsdienstes von Arbeitern, welche in den Listen der Arbeitsämter und der Mobilität eingetragen sind (1) In Abweichung zum Artikel 31 des Landesgesetzes Nr. 19 vom 28. Juni 1983 ist die Prüfungskommission für die Selektion bei der Direktaufnahme im Sinne des Artikels 44 des D.P.R. Nr. 494 vom 17. September 1987 zusammengesetzt und wird mit einem Vertreter der Landesverwaltung ergänzt. Die Zusammensetzung der Kommission muß dem Bestand der einzelnen Sprachgruppen entsprechen, der sich aus der jeweils letzten Volkszählung in den Gemeinden ergeben hat, für die die Sanitätseinheit zuständig ist."

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'emendamento: approvato a maggioranza con 1 astensione.
Dò lettura del quarto emendamento:

Art. 29/sexies

Contributi a persone anziane per l'installazione del telefono

(1) Al primo comma dell'art. 23 della legge provinciale 30 ottobre 1973, n. 77, così come modificato con l'articolo 4 della legge provinciale 18 aprile 1978, n. 17, e con l'articolo 6 della legge provinciale 21 luglio 1983, n. 23, è aggiunta la seguente lettera g):

"g) per l'installazione del telefono a persone singole ultrasessantacinquenni o coppie di anziani in cui almeno uno dei componenti abbia superato il sessantacinquesimo anno di età. I contributi sono erogati a partire dal 1. gennaio 1989. Modalità di concessione e misura degli interventi saranno fissati con regolamento di esecuzione tenendo conto anche delle condizioni economiche dei richiedenti. L'accertamento dei requisiti di accesso alle prestazioni è delegato agli E.C.A. di Bolzano e Merano e ai Consorzi tra E.C.A. istituiti ai sensi della legge provinciale 26 ottobre 1973, n. 69."

(2) Per l'attuazione degli interventi di cui al comma 1. sono utilizzati gli stanziamenti autorizzati nel bilancio di previsione annuale per l'applicazione della legge provinciale 30 ottobre 1973, n. 77 e successive modificazioni.

Beiträge an alte Menschen für die Installation von Telefonanschlüssen

(1) Im ersten Absatz des Artikels 23 des Landesgesetzes Nr. 77 vom 30. Oktober 1973, abgeändert durch Artikel 4 des Landesgesetzes Nr. 17 vom 18. April 1978, und durch Artikel 6 des Landesgesetzes Nr. 23 vom 21. Juli 1983, ist folgender Buchstabe g) hinzugefügt:

"g) für die Installierung von Telefonanschlüssen für alleinstehende Über-65-Jährige oder Paare von alten Menschen, von denen zumindest eine Person das 65. Lebensjahr überschritten hat. Die Beiträge werden ab 1. Jänner 1989 ausbezahlt. Auszahlungsverfahren und Ausmaß der Leistungen werden mit Durchführungsbestimmung festgelegt, unter Berücksichtigung auch der wirtschaftlichen Situation der Antragsteller. Die Feststellung der Zugangsvoraussetzungen für die Beiträge sind den Gemeindefürsorgestellen Bozen und Meran und den Konsortien zwischen Gemeindefürsorgestellen, welche auf der Grundlage des Landesgesetzes Nr. 69 vom 26. Oktober 1973, errichtet worden sind, übertragen."

(2) Für die Durchführung der Maßnahmen laut Absatz 1 sind die Bereitstellungen benützt, die im jährlichen Haushaltsvoranschlag für die Anwendung des Landesgesetzes Nr. 77 vom 30. Oktober 1973, in geltender Fassung, bewilligt werden.

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'emendamento: approvato all'unanimità.

TITOLO III
NORME TRANSITORIE E FINALI
Art. 30

Soppressione della qualifica di istitutore diplomato per soggetti portatori di handicaps

(1) Con l'entrata in vigore della presente legge la qualifica di istitutore diplomato per soggetti portatori di handicaps è soppressa; il personale di detta qualifica assume la nuova denominazione di educatore per soggetti portatori di handicaps.

(2) Con l'entrata in vigore della presente legge la qualifica di istitutore tecnico per soggetti portatori di handicaps assume la nuova denominazione di istitutore per soggetti portatori di handicaps.

III. TITEL

ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Abschaffung des Dienstranges "Erzieher mit Reifezeugnis"

(1) Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes ist der Dienstrang "Erzieher mit Reifezeugnis" ("Behindertenbetreuer mit Reifezeugnis") abgeschafft. Die Bediensteten, die diesen Dienstrang bekleiden, erhalten die neue Bezeichnung "Heimerzieher".

(2) Mit Inkrafttreten dieses Gesetzes wird die Bezeichnung des Dienstranges "Behindertenbetreuer mit Fachausbildung" durch die Bezeichnung "Werkerzieher" ersetzt.

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato a maggioranza con 1 astensione.

Art. 31

Nuovi ruoli speciali del personale addetto ai servizi provinciali per i soggetti portatori di handicaps

(1) Le tabelle B, C/I, C/II e C/III allegate alla legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, sono soppresse e sostituite dalle tabelle parimenti denominate allegate alla presente legge.

(2) Il personale di ruolo operante alla data di entrata in vigore della presente legge nei servizi provinciali e già inquadrato nelle tabelle B, CI, CII e CIII della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, è trasferito, in base alla corrispondente qualifica, ai ruoli speciali delle tabelle parimenti denominate allegate alla presente legge, conservando lo stato giuridico ed economico in atto.

Neue Sonderstellen für das Personal der Landesdienste für Behinderte

(1) Die Anlagen B, C/I, C/II und C/III zum Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, sind abgeschafft und durch die Anlagen zu diesem Gesetz mit den gleichen Bezeichnungen ersetzt.

(2) Die Bediensteten, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes in den Landesdiensten arbeiten und bereits in den Stellenplänen laut Anlagen B, CI, CII und CIII zum Landesgesetz Nr. 20 vom 30. Juni 1983, eingestuft sind, werden entsprechend ihren Diensträngen in die Stellenpläne laut den Anlagen zu diesem Gesetz, welche dieselbe Bezeichnung tragen, übernommen.

E' stato presentato un emendamento dal consigliere Frasnelli e dall'assessore Saurer, che dice: "All'art. 31, secondo comma, vengono stralciate le parole: "conservando lo stato giuridico ed economico in atto".

Im Art. 31 Absatz, sind die Worte "die dienstrechtliche Stellung und die Besoldung dieses Personals werden dadurch nicht berührt" gestrichen."

Chi chiede la parola? Assessore Saurer.

SAURER (Landesrat für Sozial- und Gesundheitswesen - SVP): Wenn man diese Formulierung beliebe, dann würden die Behindertenbetreuer in der IV. Gehaltsstufe bleiben. Aufgrund der Berufsbilder, die jetzt von der Landesregierung genehmigt worden sind, werden sie aber in der V. Gehaltsstufe eingestuft, sodaß man diesen Passus herausnehmen muß, um diese Möglichkeit der Landesregierung zu geben. Das ist vereinbar mit den Gewerkschaften.

PRESIDENTE: Qualcun altro chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'emendamento: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Gli emendamenti alle tabelle B e C vengono approvati assieme all'articolo 31, che pongo in votazione: approvato a maggioranza con 2 astensioni.

(1) Con effetto dalla data di entrata in vigore della legge provinciale 9 dicembre 1978, n. 65, nel primo comma dell'art. 39 della medesima, dopo le parole "dell'Associazione italiana per l'assistenza agli spastici" vengono inserite le parole "o presso il servizio di medicina scolastica gestito dal comune di Bolzano".

(1) Mit Wirkung vom Inkrafttreten des Landesgesetzes Nr. 65 vom 9. Dezember 1978, sind in Art. 39 Absatz 1 des genannten Landesgesetzes nach den Worten: "des Spastikerverbandes" die Worte: "oder beim schulärztlichen Dienst der Gemeinde Bozen" eingefügt.

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato a maggioranza con 4 astensioni.

E' stato presentato un emendamento dalla Giunta, che dice: "E' inserito l'art. 37/bis:

Art. 37/bis

(1) Al personale di cui all'ultimo comma dell'art. 51 della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20 é riconosciuto per metà e a tutti gli effetti, a decorrere dalla data di inquadramento nella VII qualifica funzionale, il servizio prestato quale supplente nella VI qualifica funzionale con mansioni di qualifica funzionale superiore.

(2) Al personale di cui al comma precedente, comunque in servizio alla data di entrata in vigore della legge provinciale 21.5.1981, n. 11, si applica il disposto di cui all'art. 93 della medesima legge.

1) Dem Personal laut Art. 51 letzter Absatz des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, wird vom Tag seiner Einstufung in die VII Funktionsebene an in jeder Hinsicht der Dienst zur Hälfte anerkannt, den es als Ersatzkraft in der VI. Funktionsebene mit Aufgaben der höheren Funktionsebene geleistet hat.

(2) Auf das im Absatz 1 erwähnte Personal, das am Tag des Inkrafttretens des Landesgesetzes Nr. 11 vom 21. Mai 1981, im Dienst stand, wird die Bestimmung gemäß Artikel 93 desselben Gesetzes angewandt.

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo l'emendamento in votazione: approvato a maggioranza con 4 astensioni.

Art. 41/bis

(1) I posti che risulteranno ancora disponibili nei ruoli speciali di cui alle tabelle allegate alla presente legge una volta effettuati i trasferimenti di cui al precedente art. 31, nonché eventuali immissioni in ruolo ai sensi dell'art. 51, quinto comma, della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, potranno essere coperti mediante concorsi pubblici, il primo dei quali da indirsi entro 2 anni dall'entrata in vigore della presente legge.

(2) Per la copertura di posti di uguale qualifica compresa in più ruoli, può

essere indetto un unico concorso. L'inquadramento dei vincitori avviene, nei limiti dei posti messi a concorso nei singoli ruoli, a scelta degli interessati secondo l'ordine di graduatoria e tenuto conto dei requisiti richiesti per l'accesso a ciascun ruolo.

(3) Ai candidati risultanti idonei è riconosciuto titolo di precedenza, rispetto ad altri aspiranti, per il conferimento di incarichi o supplenze previsti dalla legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20.

(4) Al personale immesso in ruolo ai sensi dei precedenti commi sono riconosciuti per intero, agli effetti della progressione giuridica ed economica in carriera, i servizi comunque prestati presso la Provincia, ancorchè soggetti ad interruzioni, purchè prestati nella medesima qualifica funzionale di inquadramento o in qualifica funzionale superiore.

(5) Nei confronti del personale inquadrato in ruolo ai sensi del presente articolo trova applicazione l'art. 39 della legge provinciale 9 dicembre 1978, n. 65, e successive modifiche ed integrazioni.

(1) Die Planstellen, die in den Stellenplänen laut den Anlagen zu diesem Gesetz nach Durchführung der Übernahmen, gemäß Art. 31 sowie der allfälligen Einstufungen laut Art. 51 Absatz 5 des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983 noch unbesetzt sind, können durch öffentliche Wettbewerbe besetzt werden; der erste dieser Wettbewerbe wird innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgeschrieben.

(2) Planstellen desselben Dienstranges, die in mehreren Stellenplänen ausgewiesen sind, können durch einheitlichen Wettbewerb besetzt werden. Die Einstufung der Gewinner erfolgt - im Rahmen der zum Wettbewerb ausgeschrieben Stellen in den einzelnen Stellenplänen - nach Wahl der Betroffenen, wobei unter Berücksichtigung der Aufnahmevoraussetzungen für die einzelnen Stellenpläne nach der Rangordnung vorzugehen ist.

(3) Den Bewerbern, die für geeignet befunden werden, wird gegenüber anderen Anwärtern der Vorrang bei der Vergabe von provisorischen Aufträgen oder bei Ersatzeinstellungen eingeräumt.

(4) Den gemäß den vorhergehenden Absätzen in die Stellenpläne eingestuft Bediensteten wird für den Aufstieg in der dienstrechtlichen Stellung und in der Besoldung im Rahmen ihrer Laufbahn - auch bei allfälligen Unterbrechungen - jener Dienst in vollem Umfang anerkannt, den sie im Landesdienst in der ihrer Einstufung entsprechenden oder in einer höheren Funktionsebene geleistet haben.

(5) Auf die Bediensteten, die gemäß diesem Artikel in die Stellenpläne eingestuft werden, ist Art. 39 des Landesgesetzes Nr. 65 vom 9. Dezember 1978, in geltender Fassung, anzuwenden.

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato a maggioranza con 4 astensioni.

(1) Con l'entrata in vigore della presente legge i responsabili dei centri sociali assumono la denominazione di direttori dei centri sociali.

(2) Per i responsabili già nominati ai sensi della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, si prescinde dai requisiti di cui all'art. 21 della presente legge.

Direktoren der Behindertenzentren

(1) Ab Inkrafttreten dieses Gesetzes erhalten die Verantwortlichen der Behindertenzentren die Rangbezeichnung "Direktoren der Behindertenzentren".

(2) Für die gemäß Landesgesetz Nr. 20 vom 30. Juni 1983, bereits ernannten Verantwortlichen, wird von den Voraussetzungen laut Art. 21 dieses Gesetzes abgesehen.

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato a maggioranza con 3 astensioni.

Art. 43

Personale medico assistente

(1) Per la durata di anni tre a partire dall'entrata in vigore della presente legge i posti di assistente medico del ruolo sanitario di cui alla tabella A allegata alla legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, possono essere ricoperti anche da personale medico privo del titolo di specializzazione, purchè specializzando in una disciplina riabilitativa.

Assistenzärzte

(1) Innerhalb von drei Jahren ab Inkrafttreten dieses Gesetzes, können die für Assistenzärzte im Sanitätsstellenplan laut Anlage A zum Landesgesetz Nr. 20 vom 30. Juni 1983, vorgesehenen Stellen auch von Ärzten besetzt werden, die noch keinen Facharztstitel haben, sich aber zur Zeit in einem auf Rehabilitation ausgerichteten Fachgebiet ausbilden.

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato a maggioranza con 3 astensioni.

Art. 44

Rapporto con il piano socio-assistenziale

(1) Le disposizioni di cui alla presente legge hanno validità fino all'entrata in vigore delle corrispondenti norme di attuazione dell'emanando piano socio-assistenziale della Provincia autonoma di Bolzano.

Zusammenhang mit dem Landessozialplan

(1) Die in diesem Gesetz festgelegten Bestimmungen gelten bis zum Inkrafttreten der entsprechenden Durchführungsbestimmungen zu dem noch zu erlassenden Landessozialplan Südtirols.

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: Ap-

provato a maggioranza con 2 astensioni.

Art. 44/bis

Testo unificato

(1) La Giunta provinciale è autorizzata a riordinare in forma di testo unificato, senza introdurre modifica alcuna, la legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, e le successive modifiche ed integrazioni.

Vereinheitlichter Text

(1) Die Landesregierung ist ermächtigt - ohne Einführung einer Änderung - das Landesgesetz Nr. 20 vom 30. Juni 1983, in geltender Fassung, in Form eines vereinheitlichten Textes neu zu ordnen.

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato a maggioranza con 3 astensioni.

Art. 45

Disposizioni finanziarie

(1) Alla copertura delle maggiori spese per il personale derivanti dall'attuazione della presente legge, che non trovano compensazione con minori spese per incarichi ai sensi degli articoli 21 e 30 della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, valutate in lire 400 milioni all'anno, a decorrere dall'esercizio finanziario 1989, si provvede:

- a) per gli anni 1989 e 1990, con corrispondenti quote dello stanziamento previsto per il biennio 1989-1990 alla Sezione 1, Settore 1.2, Lettera b.1), del bilancio pluriennale della Provincia;
- b) per gli anni successivi, con le disponibilità dei relativi bilanci provinciali.

(2) Le spese per l'attuazione della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, come modificata dalla presente, sono stabilite a decorrere dall'esercizio finanziario 1989 dalla legge finanziaria annuale o da altro provvedimento legislativo di analoga natura.

Finanzielle Bestimmungen

(1) Die Deckung der Mehrausgaben zur Durchführung dieses Gesetzes betreffend das Personal, die nicht durch verminderte Ausgaben für Beauftragungen gemäß Artikel 21 und 30 des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, ausgeglichen werden, und auf 400 Millionen Lire jährlich ab 1989 geschätzt werden, erfolgt:

- a) für die Jahre 1989 und 1990 durch entsprechende Anteile der für den Zweijahreszeitraum 1989-1990 in der Sektion 1 Sektor 1.2 Buchstabe b.1) des mehrjährigen Landeshaushaltes vorgesehenen Bereitstellung;
- b) für die folgenden Jahre durch die Verfügbarkeiten der jeweiligen Landeshaushalte.

(2) Die Ausgaben für die Durchführung des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, wie durch dieses Gesetz abgeändert, werden ab dem Haushaltsjahr 1989

vom jährlichen Finanzgesetz oder von einer anderen Gesetzesmaßnahme gleicher Natur festgelegt.

E' stato presentato un emendamento dagli assessori Saurer e Balzarini, che dice: "L'art. 45 é sostituito dal seguente:

Art. 45

Disposizioni finanziarie

(1) Alla copertura delle maggiori spese per il personale derivanti dall'attuazione della presente legge, non compensate dalle minori spese per incarichi ai sensi degli articoli 21 e 30 della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, valutate in lire 900 milioni all'anno, a decorrere dall'esercizio finanziario 1989, si provvede:

- a) per gli anni 1989 e 1990, con corrispondenti quote dello stanziamento previsto per il biennio 1989-1990 alla Sezione 1, Settore 1.2, lettera b.1) del bilancio pluriennale della Provincia;
- b) per gli anni successivi, con le disponibilità dei relativi bilanci provinciali.

(2) Le spese per l'attuazione della legge provinciale 30 giugno 1983, n. 20, come modificata dalla presente, sono stabilite a decorrere dall'esercizio finanziario 1989 dalla legge finanziaria annuale o da altro provvedimento legislativo di analoga natura.

Finanzielle Bestimmungen

(1) Die Deckung der Mehrausgaben zur Durchführung dieses Gesetzes betreffend das Personal, die nicht durch verminderte Ausgaben für Beauftragungen gemäß Artikel 21 und 30 des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, ausgeglichen werden, und auf 900 Millionen Lire jährlich ab 1989 geschätzt werden, erfolgt:

- a) für die Jahre 1989 und 1990 durch entsprechende Anteile der für den Zweijahreszeitraum 1989-1990 in der Sektion 1 Sektor 1.2 Buchstabe b.1) des mehrjährigen Landeshaushaltes vorgesehenen Bereitstellung;
- b) für die folgenden Jahre durch die Verfügbarkeiten der jeweiligen Landeshaushalte.

(2) Die Ausgaben für die Durchführung des Landesgesetzes Nr. 20 vom 30. Juni 1983, wie durch dieses Gesetz abgeändert, werden ab dem Haushaltsjahr 1989 vom jährlichen Finanzgesetz oder von einer anderen Gesetzesmaßnahme gleicher Natur festgelegt."

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'emendamento: approvato a maggioranza con 3 astensioni.

Art. 46

Clausola d'urgenza

(1) La presente legge è dichiarata urgente ai sensi dell'art. 55 dello Statuto speciale per la Regione Trentino-Alto Adige ed entrerà in vigore il

giorno successivo a quello della sua pubblicazione nel Bollettino Ufficiale della Regione.

Dringlichkeitsklausel

(1) Dieses Gesetz wird im Sinne von Art. 55 des Sonderstatutes für die Region Trentino-Südtirol als dringend erklärt und tritt am Tag nach seiner Kundmachung im Amtsblatt der Region in Kraft.

Chi chiede la parola? Nessuno. Pongo in votazione l'articolo: approvato all'unanimità.

Chi chiede la parola per dichiarazione di voto? Consigliere Langer.

LANGER (AS): Vielen Dank, Herr Präsident! Trotz des Schnellverfahrens zu diesem Gesetz, trotz der verständlichen Dringlichkeit möchte ich doch etwas dazu sagen, auch weil wir an diesem Gesetz sehr lange gearbeitet haben und auch lange herumlaboriert haben.

Die Abstimmung über die Dringlichkeitsklausel hat gezeigt, daß auch wir uns letztendlich für die Dringlichkeit dieses Gesetzes entschlossen haben und uns also überzeugen ließen, daß es besser ist, diesen kleinen Spatz in der Hand nach Hause zu tragen, als irgendwie ein Nest für die Taube am Dach zu bauen. Aber mehr ist es nicht. Mit anderen Worten, Mit diesem Gesetz werden einige Ungereimtheiten aus früheren Gesetzen beseitigt. Es werden einige Verbesserungen, die sich so praktisch aus dem Alltag in der Behindertenbetreuung als notwendig erwiesen haben, eingeführt, es wird sicher eine gewisse Stabilisierung des Personals erreicht, wenn auch noch nicht die, die wir erreicht erwünscht hätten. Aber beispielsweise, es werden auch weitere kleine positive Verbesserungen getroffen, bis hin zu der, die heute durch einen Abänderungsantrag eingeführt wurde, nämlich "Beiträge an alte Menschen für die Installierung von Telefonanschlüssen". Trotzdem hätte dieses Gesetz wirklich mehr bringen können.

Ich möchte vor allem auf einen Punkt hinweisen: Mit der Konzeption, die sich ursprünglich in der IV. Gesetzgebungskommission durchgesetzt hatte, war vorgesehen, daß in Zukunft im Bereich der Behindertenbetreuung weniger Sprachgruppentrennung und mehr Zweisprachigkeit kommen wird, daß in der Zukunft der Behindertenbetreuung Rücksicht auf die besondere Schwere des Dienstes Rücksicht genommen wird, für die Menschen, die mit Behinderten und manchmal mit Schwerbehinderten zu tun haben, daß man das nicht nur mit Geld abgelden kann, sondern daß es anderer Formen von Ausgleich braucht, um gegen die Abstumpfung, Routine und Ermüdung vorzuzugreifen. Es war auch im Gesetz vorgesehen, die Betreuung insgesamt zu vereinfachen, also nicht mehr praktisch schulähnliches Personal und Betreuungspersonal getrennt zu verwalten. Von all dem mußte zurückgesteckt werden, um nicht wegen der einen oder anderen Beanstandung in Rom zu riskieren, das Gesetz in dieser Legislaturperiode nicht mehr durchzukriegen. Bestimmt, wir erkennen an, daß die Landesregierung in diesem Fall also praktisch den Weg der Selbstkastrierung gewählt hat, um jedenfalls

den Spatz in der Hand noch heil in dieser Legislaturperiode nach Hause zu bringen.

Aber ich möchte den Herrn Landesrat ersuchen, daß er seinerseits in einer Erklärung zur Stimmabgabe noch vor der Endabstimmung sagt, ob die mit den Gewerkschaften eingegangenen Verpflichtungen und die Verpflichtungen, die letztlich auch dem politischen Konzept des Assessorats zu entsprechen schienen, für die Zukunft festgeschrieben werden. Ich erinnere daran, daß das eben nicht nur den Sonderurlaub betrifft, sondern auch - alle drei Jahre - die Adjustierung des Personalstands, je nach Erfordernis, daß bestimmte Anerkennung von geleisteten Dienstjahren, die jetzt aufgeschoben worden sind, auch dann noch zum Tragen kommen, und daß die mit den Gewerkschaften bereits vereinbarten Punkte für die Zukunft ernsthaft vorgenommen werden.

Wir haben nicht mehr durchgeblickt, wir haben uns deswegen auch manchmal aus Verlegenheit der Stimme enthalten. Wir haben nicht mehr durchgeblickt, wieviel von den Abänderungsanträgen, die heute noch in letzter Minute hier eingegangen sind, am Schluß dann doch noch die eine und andere Position salviert haben. Wir haben den Eindruck, daß nachdem es noch vor einer Woche geheißen hat, alle Einzelpositionen, alle sogenannten Fotografieartikel kommen heraus, um keine Schwierigkeiten zu kriegen, daß am Schluß dann doch einige, die von den besseren Fotografen aufgenommen wurden, ihr Konto doch im Gesetz doch noch untergebracht haben, andere nicht. Es kann also sein, daß es gegenüber diesem Hopp-Hopp-Abschluß noch Unzufriedenheit geben wird. Deswegen möchten wir den Assessor ersuchen, hier eine politische Absichtserklärung für die Zukunft auszusprechen. Wir wissen, daß diese politische Absichtserklärung dann heute nicht sehr viel Wert sein kann, weil sich damit der nächste Landtag und auch die nächste Landesregierung damit befassen wird müssen. Aber wir möchten zumindest, daß dieser bittere Nachgeschmack irgendwie bereinigt wird.

Wir werden uns zu diesem Gesetz der Stimme enthalten. Wir haben in der Kommission bei der ersten Lesung des Gesetzes eine wohlwollende Stimmenthaltung geübt und uns überlegt, ob wir nicht doch im Plenum dafürstimmen sollten. So wie wir jetzt vor diesem Gesetz stehen, nach den Abstrichen, die vorgenommen worden sind, ist die Enthaltung keine besonders wohlwollende, keine besonders glückliche mehr, und wird sich jedenfalls sicher nicht in eine Zustimmung für dieses Gesetz verwandeln können.

FRASNELLI (SVP): Ganz kurz. Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die SVP-Fraktion nimmt die positive Filigranarbeit des Landesrates zur Verbesserung der bisherigen Bestimmungen im Bereich des Behindertenwesens zur Kenntnis. Die SVP-Fraktion begrüßt des Weiteren die intensive Zusammenarbeit, die es dabei zwischen den politisch Verantwortlichen und den Behindertenverbänden gegeben hat und stimmt daher, um im Bereich der Vergleiche Spatz-Nest-Taube zu bleiben, dieser aufwärtsfliegenden Taube zu. Danke, Herr Präsident!

MITOLO (MSI-DN): Io saró meno poetico, ma in un certo senso piú concreto. In prima lettura il Movimento Sociale Italiano non aveva dato il suo assenso a questa legge e oggi ribadisce che evidentemente pur non essendo la perfezione, essa rappresenta uno strumento valido e interessante per affrontare i problemi di questo settore, che sono quanto mai delicati e all'attenzione dell'opinione pubblica. Sono problemi soprattutto che toccano un certo numero di famiglie, le quali prima d'ora erano in condizioni di precarietá e di estrema difficoltá. Non tutto si é fatto, non tutto é perfetto, lo sappiamo, anche con questa seconda stesura si é completato e si é cercato di migliorare la situazione di carattere generale.

Purtroppo restano talune valutazioni, che anche altri colleghi hanno espresso in sede di dichiarazione di voto e negli interventi, ma dobbiamo dire onestamente che non ci sentiamo di respingere questa legge e questi provvedimenti. Per cui modifichiamo anche l'atteggiamento che avevamo tenuto in sede di Commissione, dove ci eravamo astenuti e voteremo a favore, a favore, con l'augurio che in questa materia e in questa problematica nel futuro anche attraverso l'applicazione del piano socio-sanitario si possano portare sempre maggiori e migliori perfezionamenti alle strutture, sí da rendere la vita e l'attivitá di questi nostri fratelli meno fortunati di noi sempre piú degna di essere vissuta e soprattutto consenta ad essi di sentire piú viva la solidarietá di chi é piú fortunato.

SAURER (Landesrat für Sozial- und Gesundheitswesen - SVP): Zwei Dinge. Ich möchte mich an das anschließen, was vorher vom Kollegen Mitolo gesagt worden ist: Es tut mir persönlich leid, daß es nicht gelungen ist, in dieser Legislatur, obwohl das Rahmengesetz hier im Plenum ist, das Gesetz über die Neuordnung der Sozial- und Fürsorgedienste zu verabschieden. Auch der Plan ist von der Landesregierung in der ersten Lesung verabschiedet worden und hat das positive Gutachten des Sozial- und Wirtschaftsbeirates, aber es wird einer der ersten Gesetzesentwürfe sein, der in der nächsten Legislatur zu behandeln ist, um Gesundheitsplan und Sozialplan gleichzeitig zu verwirklichen. Das zum ersten.

Zum zweiten: Ich kann natürlich nicht die Landesregierung der nächsten Legislatur verpflichten, aber was ich hier sagen kann ist, daß natürlich die Verpflichtungen - was meine Person betrifft -, die hier politisch mit den Gewerkschaften in dieser Legislatur eingegangen sind, und die auch Teil des Abkommens bilden, die aber Vorbehalte bei der Regierung gefunden haben, daß ich mich persönlich - sollte ich gewählt werden - verpflichten werde, diesen Teil weiter voranzutragen. Ich hoffe, daß meine Partei und auch die Parteien, die im hohen Hause hier vertreten sind, mich dabei unterstützen. Es ist ja eine einstimmige Tagesordnung von seiten der IV. Kommission hier verabschiedet worden. Ich hoffe, nachdem dieses Anliegen vom gesamten Spektrum, das hier im Hause vertreten

ist, mitvertreten wird. Ich glaube doch, daß es Aussichten hat, daß der Rest der Bestimmungen der nächsten Legislatur durchgeht.

PRESIDENTE: Noi votiamo a favore di questa legge. Ho preso la parola solo sull'articolo 7 che parlava della 482. Adesso vi pongo un quesito, avendo un'esperienza come dirigente. Dunque la 482 per il collocamento obbligatorio delle persone protette non prevede, per esempio, che uno debba essere munito, se é invalido, gli manca una gamba, per esempio, di patentino e nemmeno di bilinguismo. Qui nella nostra provincia il problema é stato solamente sfiorato. Quando si chiama un invalido gli si chiede il patentino, si guarda la proporzionale. Ma guardate che l'articolo 12 della legge dello Stato, che é operante, perché vedo che é stata recepita dalla legge, non parla che un invalido debba avere il patentino o che debba essere osservata la proporzionale. Si dice che il 15% delle forze del lavoro devono appartenere alle categorie protette. L'articolo 12 specifica che l'assessore ha la facoltà, come ho detto io, della chiamata. Ovviamente l'ente pubblico chiama quello che vuole e allora indirettamente chiama quello che ha il patentino e osserva una certa proporzionale. Ecco la discrepanza che c'è fra ente pubblico e privato, però io invito tutti i miei colleghi, che saranno presenti nella prossima legislatura, ad affrontare questo problema, ma anche per chiarezza, altrimenti si lasciano dei sospesi, a cui nessuno ha mai risposto, forse non conoscendo molto attentamente le procedure. Ripeto che voto a favore di questa legge, perché va incontro ad una categoria protetta.

La parola al consigliere Barbiero.

BARBIERO-DE CHIRICO (PCI): Abbiamo sempre da salutare con favore leggi che hanno come obiettivo quello di migliorare le condizioni di soggetti che sono particolarmente poco protetti. Quando si parla di handicappati, si dice in genere categoria protetta; io invece vorrei dire che questi soggetti portatori di handicap e così come altri diversi, possono benissimo essere definiti soggetti meno protetti, più indifesi di questa società, per i quali si cerca poi di individuare misure di protezione da un lato, ma anche misure all'interno delle quali la protezione non sia vista come una ghettizzazione, ma sia vista invece come un inserimento in quello che é il sociale poi normale.

Per quanto riguarda questa legge sicuramente vi sono degli aspetti che sono positivi, altri lo sono meno. Questo é il motivo per il quale anch'io mi asterró sul disegno di legge, pur trovando positivo comunque l'impianto di fondo del provvedimento legislativo.

Credo poi che sia veramente importante che nella nostra provincia si arrivi presto a mettere in atto quell'integrazione che é fondamentale proprio per questi settori di società, quell'integrazione fondamentale tra assistenza di tipo sanitaria e intervento di tipo sociale. Davvero non possiamo più andare avanti con questa dicotomia, con questa scissione fra servizio socio-assistenziale e servizio sanitario. A me sarebbe dav-

vero piaciuto, Assessore Saurer, se già nell'ambito di questa legislatura non avessimo potuto arrivare a questa integrazione.

Mi dispiace che l'Assessore Ferretti non ci sia, perché ha delle responsabilità primarie, in quanto è lui l'assessore competente in materia.

All'inizio di questa legislatura in grande pompa magna si era detto arriveremo subito a varare il piano assistenziale; ebbene il piano assistenziale dopo 5 anni di legislatura ancora non c'è. Quindi una critica forte io la voglio fare proprio a questo ritardo. Ripeto, la Provincia di Bolzano ha competenze primarie in materia di assistenza, e quindi non deve aspettare che sia lo Stato a varare il proprio piano assistenziale, il proprio piano sociale; lo può fare benissimo a prescindere dallo Stato, lo può fare anticipando lo Stato. Ebbene tutto questo si sarebbe potuto fare, invece è ancora lì fermo. Ripeto lì fermo, perché non è arrivato in aula. Non ho detto, assessore, che non si sia lavorato per arrivare alla stesura del piano.

SAURER (SVP): (Unterbricht - interrompe)

BARBIERO-DE CHIRICO (PCI): Voglio dire che è lì fermo, nel senso che ancora non lo abbiamo discusso, e non lo abbiamo varato, in questo senso. Non ho detto che nulla sia stato fatto in questi anni per arrivare a predisporre il piano assistenziale, ma dico che alla fine di questa legislatura noi arriviamo a non avere ancora questo piano, a non avere quindi l'integrazione auspicata tra settore sociale e settore sanitario.

Ho chiamato in causa anche l'assessore Ferretti, perché egli ha competenza in questa materia e non mi sono permessa neanche di criticare l'operato dell'assessore Saurer, che tutto sommato ho sempre giudicato come un operato sostanzialmente positivo. Quindi ci tengo anche ad articolare questa mia posizione e prego anche l'Assessore di tenerne conto.

Detto questo mi asterrò su questo disegno di legge, auspicando che nella prossima legislatura si possa presto arrivare a quell'integrazione fra piano sociale e piano sanitario, che è auspicato da tutti. Grazie.

KLOTZ (SHB): Einerseits haben wir hier bei Behandlung dieses Entwurfes die Streichung sehr vieler Artikel miterlebt. Wir haben auch aus dem Kommissionsbericht gehört, daß diese Maßnahmen einen beträchtlichen Schritt nach hinten darstellen. Wir haben des weiteren gehört, daß der Landesrat selber im Grunde nicht glücklich ist mit dieser Maßnahme, daß er aber aus Furcht - das haben wir hier gehört und gelesen - aus Furcht vor weiteren Einsprüchen von seiten der Regierung, schweren Herzens oder getrübtten Sinnes das doch vorbringen muß. Wir haben des weiteren hier schwarz auf weiß gelesen, daß Kollegen in dieser Kommission von einer Erpressung unserem Land gegenüber gesprochen haben, und müssen nun aus der Stimmabgabeerklärung des Fraktionssprechers Frasnelli hören, daß er dem Landesrat zur Verbesserung - Verbesserung hat er wörtlich gesagt - des

Behindertenwesens gratuliert, die ihm gelungen sei.

Nun, ich glaube mehr dem Herrn Landesrat als dem Fraktionsvorsitzenden. Aus diesem Grunde muß ich nur bitten - er ist leider nicht da - er möge uns die Peinlichkeit dieses Selbstbetrugs und solcher Lobhudeleien ersparen, die uns im Grunde alle belügen, er möge das bitte unterlassen. Er möge dafür eine andere Plattform suchen, aber nicht diese hier, wo wir doch in Anbetracht des Textes, den wir in der Hand halten, in Anbetracht der vielen Streichungen, in Anbetracht der Bedauerungen, des Bedauerns von seiten des Landesrates, er möge uns solche Peinlichkeiten wirklich ersparen.

Ich muß mich der Stimme enthalten. Einerseits sehe ich ein, daß es wegen des Zeitdruckes notwendig ist, wenigstens zu retten, was zu retten ist, und so verstehe ich die Initiative von Herrn Landesrat Saurer, daß er wenigstens dem Personal einiges Gutes tun kann im Rahmen der kleinen gegebenen überbleibenden Möglichkeiten, daß er aber doch ankündigt, vielleicht in der nächsten Legislatur, die Punkte aufzugreifen, die ausgelassen worden sind oder die gestrichen worden sind, eben weil die Verhandlungen in Rom negative Erfolge gezeitigt haben.

Das zum einen. Aber weil ich ganz einfach sagen muß, wenn wir uns dauernd einem solchen Erpressungsakt beugen müssen, fügen müssen, daß dann die Regelung einfach nicht mehr positiv sein kann und daß es nicht einmal mehr eine sekundäre Zuständigkeit ist, nicht mehr sekundäre Zuständigkeit übrigbleibt, weil wir im Grunde ja eindeutig vollkommen dem Rechnung tragen, was die Regierung einredet und was sie uns hier vorlegt, was sie uns aufzwingt. Aus diesem Grunde, aus diesem Dilemma heraus, eine Enthaltung, eine wohlwollende Enthaltung.

MERANER (FPS): Der Umgang, meine Damen und Herren, mit den Schwächeren, insbesondere mit den älteren und behinderten Menschen, so glauben wir Liberale, ist ein bedeutender Gradmesser für den Kulturstand den ein Volk erreicht hat. So wollen wir ohne weiteres dem Herrn Landesrat zuerkennen, daß er versucht hat, in einem sehr wesentlichen Bereich Verbesserungen herbeizuführen, und wenn ihm und uns dies nicht in dem Ausmaße gelungen ist, wie wir es gemeinsam gerne gehabt haben, so möchte ich ihm dies nicht persönlich ankreiden, sondern ganz einfach feststellen, daß sich wieder einmal sehr deutlich zeigt, daß die so viel angepriesene Autonomie unseres Landes in vielen wesentlichen Punkten sehr mangelhaft ist und verhindert, daß wir Bedürftigen bzw. Menschen, die unserer Hilfe bedürfen, trotz des vorhandenen menschlichen Willens nicht in dem Ausmaße helfen können, wie wir es gerne möchten, weil uns die Zentralregierung in Rom wieder einmal einen Riegel vorschiebt.

Nun wiederhole ich noch einmal, daß dieser Vorwurf nicht an den Einbringer des Gesetzes gerichtet ist, wohl aber an jene führenden SVP-Politiker, die über ein mangelhaftes Autonomiestatut, das sie nun so stark verteidigen, es nicht verstanden haben, die nötigen Instrumente zu schaffen, damit wir als Südtiroler Landtag unseren schwächeren Mitmenschen in

dem Ausmaße helfen können wie wir es möchten und aufgrund der vorhandenen Geldmittel auch vermöchten.

Die Freiheitliche Partei Südtirols stimmt diesem Gesetz trotzdem zu, mit vielen Vorbehalten und in der Hoffnung, daß es in der nächsten Legislatur und auf der Grundlage einer neuen Verständigung mit der Zentralregierung in Rom aus, von der wir uns eine bessere und menschlichere Autonomie für unser Land erwarten, daß es im Rahmen eines neuen politischen Klimas die Möglichkeit geben möge, daß wir zumindest in jenen Bereichen, die doch nicht so sehr politischer Natur als vielmehr menschlicher Natur sind, zumindest dort das tun dürfen, was wir gerne möchten.

In der Hoffnung, daß dies bald wahr werden möchte und daß die ewigen Pakethinaufjubler endlich zu einem politischen Realismus zurückfinden möchten, werden wir, wie gesagt, mit vielem Vorbehalten, aber doch mit Wohlwollen für das Wenige das wir für die ärmeren unserer Mitbürger tun können, dieser Gesetzesvorlage zustimmen.

KASERER (SVP): Herr Präsident! Nur ganz kurz. Das dürfte das letzte Gesetz sein, das der Landesrat Saurer in dieser Legislaturperiode hier zur Verabschiedung bringt...

KLOTZ (SHB): Bitte nicht gratulieren.

KASERER (SVP): Ich habe nicht gratuliert. Ich möchte nur betonen, daß wir in dieser Legislaturperiode sehr viele Gesetze auf dem sozialen Sektor in diesem Landtag verabschiedet haben, die sehr vielen Bürgern zugute kommen, vor allem den schwächeren. Aber es gab auch Maßnahmen, die allen zugute kommen, z.B., die Gesundheit, das berühmte Zahnarztgesetz, das allen Bevölkerungsschichten zugute kommt und nicht nur den sozial schwächeren. Es gibt jetzt schon Kritiken, daß es anderen fast noch mehr hilft als den Sozialschwächeren.

Ich möchte zu diesem Gesetz nur feststellen, daß man nicht behaupten kann, daß es eine Verschlechterung der bisherigen Lage darstellt. Das ist einfach falsch, denn als Ausgangsbasis diente, das Landesgesetz Nr. 20, das vor 5 Jahren verabschiedet worden ist. Dieses hat die grundsätzliche Regelung der Betreuung der Behinderten gebracht. Vom zuständigen Landesrat wurden eine Menge von Abänderungsvorschlägen zu diesem Gesetz eingebracht. Sie ergaben sich aus der Erfahrung. Die Artikel, die wesentlich geändert wurden, oder in denen gegenüber der ursprünglichen Fassung etwas nachgegeben wurde, betreffen in erster Linie Personalangelegenheiten und nicht die Betreuung, d.h. Maßnahmen für die Behinderten selbst. Man muß deshalb unterscheiden zwischen Maßnahmen für die Behinderten und Maßnahmen für das Personal. Daß Personalprobleme eine sehr heikle Materie sind, wissen wir, aus anderen Gesetzen auch. Daß wir nur in diesem Falle, im Interesse der Sache etwas zurückgesteckt haben, ist richtig, aber kein Verzicht. Es ist einfach falsch, wenn die Opposition sagt, mit diesem Gesetz oder mit dem, was man nicht durchgebracht hat,

verhindert man die Autonomie, Bedürftigen zu helfen. Wer das behauptet, geht an der Realität vorbei, denn es ist gelungen, in den letzten Jahren für die Behinderten eine Menge von Maßnahmen zu ergreifen, zur Verbesserung der Situation der Behinderten. Vor allem hat die Gesellschaft insgesamt eine ganz andere Einstellung zum Behinderten. Man betrachtet den Behinderten nicht von vornherein sozusagen als Aussätzigen und als Verstoßenen, sondern versucht den Behinderten in die Gesellschaft einzugliedern. Das ist die Wirklichkeit.

Deshalb behaupte ich, diese Maßnahmen ein weiterer Meilenstein zur Verbesserung der Situation der Behinderten ist. Mit diesem Gesetz werden neue Möglichkeiten nicht nur für Behinderte geschaffen, sondern z.T. auch für ältere Mitbürger. Ich erwähne vor allem die Möglichkeit des Telefonanschlusses für ältere Leute. Das stellt sicher etwas neues dar. Es ist einfach nicht so, daß hier jemand das Paket hinaufgejubelt hat. Es hat überhaupt niemand gesagt, daß das in Zusammenhang zu bringen ist mit der allgemeinen Paketdiskussion. Mit dieser Autonomie, die wir bis heute erreicht haben, konnte vieles für unsere Mitbürger erreicht geleistet werden. Vieles ist gegenüber früheren Jahren verbessert worden. Das kann auch ein Blinder feststellen. Auch jetzt vor den Wahlen ersuche ich in diesem Zusammenhang nicht zu versuchen, Demagogie zu betreiben, sondern realistisch anzuerkennen, was positiv geleistet wurde.

PRESIDENTE: Qualcun altro chiede la parola? Nessuno. Passiamo alla votazione. Prego distribuire le schede.

(Votazione per scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Esito della votazione: 27 schede consegnate, 22 sí, 5 schede bianche. Il Consiglio approva.

Invece di fare seduta di Consiglio troviamoci come capigruppo per vedere cosa vogliamo fare. Qui non si può arrivare in queste forme, non sapendo bene quando ci convochiamo o non ci convochiamo. Dobbiamo almeno darci una regolata. Io direi di continuare la seduta oggi, fare alle ore 16 collegio dei capigruppo e vedere che cosa vogliamo fare e quando ci vogliamo riunire, dato che i capigruppo non li ho più sentiti, e sono debitore nei loro confronti, perché avevo promesso che li avrei convocati all'inizio della settimana, ma non l'ho fatto. Pertanto credo di dovermi trovare con loro, se vogliamo ancora sedute di Consiglio. Vorrei fare seduta dei capigruppo, perché voglio sentire la loro opinione se ci riuniremo ancora come Consiglio o se non ci riuniremo più.

La parola al consigliere Frasnelli sull'ordine dei lavori.

FRASNELLI (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Was die SVP-Fraktion anlangt werden wir uns unmittelbar nach Beendigung der Vormittagssitzung zu Beratungen zusammenfinden. Ich würde mir dann erlauben, Sie unmittelbar und unverzüglich um die Ergebnisse dieser Beratung zu informieren,

dann können Sie selbst entscheiden, wann und wie Sie die Fraktionsführer einladen wollen oder nicht. Danke.

PRESIDENTE: La seduta é sospesa.

ORE 13.05 UHR

ORE 15.21 UHR

(Appello nominale - Namensaufruf)

PRESIDENTE: Riprendiamo la seduta.

Signor capogruppo Frasnelli! Lei ha riunito il Suo gruppo, che é il piú importante. Io vorrei riunire i capigruppo, però adesso mi comunichi le decisioni ufficiali della SVP. Pregó, consigliere Frasnelli.

FRASNELLI (SVP): Herr Präsident! Ich hätte Sie gerne vorher informiert, ich wollte nur jetzt vorweg vielleicht vorschlagen, daß man kurz überlegen solle, ob wir jetzt abstimmen sollen über das Vorziehen des Gesetzesentwurfes über die Programme in den Grundschulen und daß wir uns dann, was weiß ich, um 17.30 Uhr in aller Ruhe als Fraktionsführer treffen können und dann die Dinge gemeinsam durchzubesprechen. Ich würde eher dazu tendieren das zu tun; in der Zwischenzeit hätte ich auch Zeit, Sie persönlich und vorweg über die Ergebnisse der SVP-Fraktion zu informieren. Aber entscheiden Sie. Ich hielte das für einen vernünftigen Weg.

LANGER (AS): Danke, Herr Präsident! Ich darf Sie vielleicht auch über die Ergebnisse unserer Fraktionsitzung informieren. Auch unsere Fraktion hat sich inzwischen getroffen und wir sind zu folgendem Ergebnis gekommen: Sollte die SVP der Meinung sein, daß die Behandlung der Schulprogramme ein kurzer Spaß ist und deswegen in der kürzesten Zeit über die Bühne geht, dann irrt sie sich. Das heißt also, wir haben die Absicht, weil wir der Schule, dem Unterricht, den Schulprogrammen eine große Bedeutung beimessen, dieses Gesetz ausführlich zu behandeln. Deswegen kann ich mir nur schwer vorstellen, daß es um 17.30 Uhr zu Ende sein wird.

Im übrigen ist unsere Fraktion der Meinung, Herr Präsident, daß auch wir, wenn die SVP noch weitere Punkte behandeln möchte, auch wir noch weitere von unseren Punkten behandelt wissen möchten. Wir sehen es nicht ein, warum unsere Punkte ständig übergangen werden müssen, um uns dann noch womöglich noch öffentlich schimpfen zu lassen, wir würden das absichtlich tun, wie es Kollege Valentin kürzlich gesagt hat, "damit sie so kurz als möglich vor den Wahlen drankommen". Das wollte ich gesagt haben. Danke.

PRESIDENTE: Non può dire sempre, perché Lei con le Sue due mozioni é stato confrontato in un momento anche delicato della conclusione dei

lavori; dunque c'è stata anche una certa comprensione. Prendo atto però delle Sue affermazioni.

La parola al consigliere Mitolo.

MITOLO (MSI-DN): Presidente, è inutile che io ripeta quello che ho detto più volte. Capisco perfettamente l'interesse dell'assessore Zelger, perché venga trattata questa legge. Io sono d'accordo anche con Langer, il quale giustamente sostiene che non è una legge che si possa trattare come abbiamo trattato praticamente le leggi di questi giorni così di corsa. Non mi pare che a questo si possa accedere. Poi questo criterio delle anticipazioni costanti ormai non è più ammissibile. Credo che sia necessaria in primo luogo indire la conferenza dei capigruppo.

Per quanto ci riguarda, Presidente, poiché fino ad oggi noi abbiamo accettato optotocollo le anticipazioni degli altri, riteniamo che sia doveroso affrontare la discussione della nostra mozione, presentata già da qualche tempo, prima del 4 novembre, perché altrimenti non ha più senso.

PRESIDENTE: Ma Lei vuol cercare solo difficoltà!

MITOLO (MSI-DN): Io non vado a cercare proprio niente, dico semplicemente che capisco le ragioni degli altri, ma spero che gli altri capiscano anche le nostre. Quindi faccio formale richiesta di mettere in discussione l'anticipazione del punto all'ordine del giorno relativo alla mozione del Movimento Sociale Italiano circa la celebrazione di quell'avvenimento storico che tutti conosciamo.

PRESIDENTE: Prima di dare la parola alla signora Klotz, devo fare una comunicazione. Se voi leggete i giornali, avrete notato che il vostro Presidente questa sera alle 18 deve essere a Merano. Io non condanno l'assenza del Vicepresidente, ma non potevo cambiare i miei programmi, perché il malessere che gli è venuto non era stato programmato. Comunque io alle 17.15 devo purtroppo assentarmi.

Poi devo chiarire, per puntualizzare le questioni che sono corse oggi in Consiglio, che cioè il Vicepresidente è ricoverato all'ospedale e non ne è mai uscito - si è detto che era uscito per fare campagna elettorale -; forse verrà dimesso questa sera o domani. Per chiarezza, per evitare pettegolezzi, il Vicepresidente non è mai uscito dall'ospedale; è stato lì, perché in questi momenti un po' duri, magari si dicono delle cose solo per colpire le persone. Lui ieri sera doveva andare a Cortina all'Adige per una sua riunione, ma non è andato ed ha mandato una lettera, perché appunto è ricoverato. Questo per chiarire le cose, perché altrimenti sarei io il primo a non fare più riunioni se non fosse qui a sostituirmi.

Dunque detto questo per chiarezza, c'è una richiesta di Mitolo. Diamo la parola ai consiglieri e poi decidiamo se fare collegia dei capi-

gruppo, cosa che ritengo quasi indispensabile.
La parola alla signora Klotz.

KLOTZ (SHB): Herr Präsident! Folgendes: Wir alle wissen bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht...

Herr Präsident, ich hätte gern, daß zumindest Sie mir zuhören, weil ich mich an Sie direkt wende. Wir alle hier im Saal wissen bis zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht, ob es noch Sitzungen geben wird, wann es eventuell Sitzungen geben wird. Wenn wir jetzt mit dem Gesetzentwurf von Landesrat Zelger fortfahren und dann uns um 17.30 Uhr in der Fraktionssprechersitzung treffen, um den Terminkalender abzuhandeln, glaube ich, sind alle anderen hier jetzt anwesenden Kollegen im Nachteil, weil sie dann nicht mehr wissen, was wir eventuell ausmachen. Nächste Woche ist Feiertag, ich bin also schon der Meinung, daß man so wichtige Entscheidungen treffen muß, um sie dann den anderen Mitgliedern auch noch mitteilen zu können, und zwar rechtzeitig. Denn auch sie müssen für die nächsten Wochen planen können.

Aber, Herr Präsident! Ich hatte vor langer Zeit gefordert, daß in der nächsten Fraktionssprechersitzung vor allen Dingen auch der Punkt "Urteil des Kassationsgerichtshofes, betreffend die Immunität der Abgeordneten" beraten wird. Ich lege nach wie vor darauf Wert, daß das Punkt 1 der Fraktionssprechersitzung sein muß. Insofern wäre heute die Zeit gut genutzt, wenn wir uns in der Fraktionssprechersitzung darüber beraten, und dann wird die Zeit bis 17.30 Uhr - kann ich mir vorstellen - schon ausgefüllt werden für die Fraktionssprechersitzung.

Jedenfalls halte ich das für eine ganz wichtige Angelegenheit, die den Landtag hier in erster Linie betrifft. Heute betrifft es persönlich mich, aber es betrifft morgen den einen von der Volkspartei, vielleicht einen von den Alternativen, wer weiß, wen sonst noch. Also muß man sich damit schon befassen. Ich bin also grundsätzlich der Meinung, daß wir jetzt Fraktionssprechersitzung halten sollen, um diese wichtigen Dinge zu klären.

PRESIDENTE: Allora sentiti i rispettabilissimi colleghi, si decide questo: adesso c'è una richiesta formale di anticipazione e la votiamo. Alle 16.30 verranno convocati i capigruppo per quello che si dovrà fare dopo questa riunione. Alle 16.30 a qualunque punto siamo della legge, si sospende la seduta.

La parola al consigliere Frasnelli.

FRASNELLI (SVP): Herr Präsident! Ich ersuche mit dem üblichen Bezug um Abstimmung über die Vorziehung des Tagesordnungspunktes Nr. 45: "Programme der Grundschule". Danke.

PRESIDENTE: Passiamo alla votazione. Prego distribuire le schede.

(Votazione per scrutinio segreto - geheime Abstimmung)

Manca il numero legale. Hanno partecipato alla votazione solo 16 consiglieri. Chiudo la seduta. I capigruppo sono convocati alle 16.30. La seduta é tolta.

ORE 15.37 UHR

S E D U T A 280. S I T Z U N G

28.10.1988

Sono intervenuti i seguenti Consiglieri:
Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Boesso (3,14,17,40,52,56,58)

Langer (4,7,11,12,14,18,33,49,57)

Meraner (5,54)

Saurer (5,11,16,32,43,51)

Klotz (32,53,59)

Frasnelli (50,56,59)

Mitolo (51,58)

Barbiero-De Chirico (52)

Kaserer (55).